

# DIE NEUE RECHTE HERAUSFORDERUNG

RECHTSEXTREMISMUS  
IN DEUTSCHLAND UND EUROPA



# **Die neue rechte Herausforderung Rechtsextremismus in Deutschland und Europa**

Dokumentation einer Veranstaltung der Reihe  
„Werkstattgespräche“ am 29. April 2005

HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG  
GRÜNE AKADEMIE

Bisher erschienen folgende Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung:

- Band 1: Lagertheorien und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen
- Band 2: Amerika wohin? Die US-amerikanischen Wahlen 2004 und die Zukunft der transatlantischen Allianz
- Band 3: Der Streit um die Toleranz. Deutung und Konsequenzen eines moralisch-politischen Leitbegriffs
- Band 4: Arbeit der Zukunft. Wie weiter nach Hartz?

Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung – Band 5:  
Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa  
Hrsg. von der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Oktober 2005  
© Heinrich-Böll-Stiftung  
Alle Rechte vorbehalten  
Gestaltung: SupportAgentur, Berlin  
Druck: agit-druck, Berlin

Die Schreibweise entspricht den Regeln der neuen Rechtschreibung gemäß den Empfehlungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin  
Tel. 030-285 340, Fax: 030-285 341 09, E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de), Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

# Inhalt

<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>I. Rechtspopulismus in Europa Entwicklungen und Tendenzen</b>	
Hans-Georg Betz: Postmoderne Politik von rechts . . . . .	9
Richard Stöss: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus . . . . .	17
Hans-Gerd Jaschke: Rechtspopulismus . . . . .	24
<b>II. Extremismus der Mitte Mit welchen Diskursen geht die Rechte in die Mitte?</b>	
Wolfgang Gessenharter: Die neue radikale Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien . . . . .	29
Claudia Schmid: Formen und Methoden des Rechtsextremismus . . . . .	36
Astrid Günther-Schmidt: Zum Umgang mit Rechtsextremismus im Parlament . . . . .	40
Diskussion . . . . .	44
<b>III. Anhang</b>	
Gabriele Kämper: Die männliche Nation . . . . .	53
Dierk Borstel: Zukunftsperspektiven der demokratischen Kultur in Ostdeutschland . . . . .	59
Grit Hanneforth: Wir brauchen Wachstumskerne für Demokratie . . . . .	68
Autorinnen und Autoren . . . . .	71

## Vorwort

Der vorliegende Band dokumentiert das fünfte Werkstattgespräch der Grünen Akademie vom 29. April 2005 zum Thema „Rechtsextremismus“. Die späten 1960er Jahre, als die NPD erfolgreich in mehrere westdeutsche Landesparlamente eingezogen war, galten noch vor wenigen Jahren als Relikt einer fernen Vergangenheit – einer Zeit, in der die Demokratie noch nicht gefestigt und verinnerlicht war. Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im letzten Jahr hat die Situation in der öffentlichen Wahrnehmung spürbar verändert, obwohl die Verbote für die neue rechte Herausforderung auch in der „späten“ Bundesrepublik längst sichtbar waren. 1989 zogen die Republikaner zum ersten Mal in das Berliner Abgeordnetenhaus ein und im selben Jahr auch ins Europa-Parlament. Seitdem häufen sich – regional und zeitlich begrenzt – Wahlerfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien, wobei die Übergänge häufig fließend sind. Tatsächlich kann seit den Wahlerfolgen der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg das Phänomen nicht länger als temporärer Betriebsunfall abgetan werden, und die Hoffnung auf eine Selbstzerlegung der rechtsextremen Parteien ist brüchig geworden.

Der erste Teil des Bandes befasst sich mit den Entwicklungen und Tendenzen am rechten Rand in Europa. Vergleicht man die Entwicklung in den europäischen Staaten, so lässt sich in vielen Ländern ein Zuwachs von Rechtsextremen und Rechtspopulisten feststellen. Seit den achtziger Jahren hat sich in einer Reihe von europäischen Nachbarländern eine neue Familie rechtspopulistischer bis rechtsextremistischer Parteien herausgebildet, die bis weit in die Mitte ihrer Gesellschaften vorgestoßen sind.

Der zweite Teil richtet dann den Fokus auf die Bundesrepublik und beleuchtet die Anfälligkeit der „Mitte“ für rechtsextreme Positionen. Bisher waren in Deutschland rechtsextreme Parteien und ihre Themen im öffentlichen Diskurs weitgehend marginalisiert. Die jüngsten Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien deuten jedoch eine gewisse Veränderung an. Mittlerweile stellt sich die Frage, ob soziale Abstiegsängste bis in die bürgerlichen Milieus, die Rückbesinnung auf eine deutsche nationale Identität – Stichwort Patriotismusdebatte – und das von einem Teil der Medien geschürte Misstrauen in die Parteien und die politische Klasse – Stichworte Korruption, Unfähigkeit, Selbstbedienungsmentalität – zu einer politischen Stimmung beiträgt, die rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen auch in der Mitte der Gesellschaft salonfähig macht. Diese Frage stellt sich besonders in Ostdeutschland.

Beim fünften Werkstattgespräch ging es in erster Linie um die Analyse von Ursachen und Wirkungen, weil hier kein Konsens vorhanden ist. Welche politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen haben die Wahlerfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Deutschland und Europa begünstigt? Gibt es in Deutschland einen „Rechtsextremismus der Mitte“? Welche Faktoren bedingen

den Erfolg des rechtsextremen „Biedermeiers“? Welche „rechten“ Diskurse und Themen, die ein Unterfutter für rechtsextreme Tendenzen bilden, sind bis in die politische Mitte hinein gesellschaftsfähig? Aus der Analyse heraus werden Ansätze für eine adäquate Antwort auf die neue rechte Herausforderung und für operative Strategien entwickelt.

Wir wünschen Ihnen auch diesmal eine interessante und erhellende Lektüre.

Berlin, im September 2005

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung  
Peter Siller, Vorstandssprecher der Grünen Akademie  
Dr. Lothar Probst, Vorstand Grüne Akademie

# **I. Rechtspopulismus in Europa**

## **Entwicklungen und Tendenzen**



# **Postmoderne Politik von rechts**

## **Die identitätspolitische Herausforderung rechtspopulistischer Parteien in Europa**

Von Hans-Georg Betz

Die Etablierung neuer politischer Formationen am rechten Rand des europäischen Parteienspektrums gehört zu den bemerkenswertesten politischen Entwicklungen der letzten Jahre. Und dies nicht erst seit dem politischen Erdbeben im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen. Der Erfolg Jean-Marie Le Pens bestätigte das Scheitern aller Versuche, die radikale Rechte als undemokratisch zu brandmarken, politisch zu marginalisieren und damit als ernstzunehmenden politischen Faktor auszuschalten. Die Strategie des „cordon sanitaire“, wie sie zum Beispiel von den belgischen Parteien im Umgang mit dem Vlaams Blok (heute Vlaams Belang) versucht wurde, ist auch gescheitert. Nur dort, wie zum Beispiel in Österreich, wo man darauf setzte, die radikale Rechte in die Regierungsverantwortung zu nehmen und damit politisch einzubinden, gelang es, ihren Vormarsch zu stoppen oder den Trend sogar umzukehren. Dabei hat sich jedoch schnell gezeigt, dass die Entwicklung in Österreich keineswegs den Anfang eines allgemeinen Niedergangs rechter Parteien in Europa markierte. Im Gegenteil. Globalisierungsdruck und Massenarbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit und Zukunftsangst bieten heute mehr denn je einen fruchtbaren Nährboden für eine Politik, die mit relativ einfachen Parolen Emotionen schürt und weitverbreitete Ressentiments bedient. Dabei propagiert sich die radikale Rechte als Sprachrohr des „kleinen Mannes“ und seiner berechtigten Sorgen und Ängste, als militante Kämpferin gegen den vermeintlichen Ausverkauf nationaler Interessen und als Verteidigerin kultureller Identität und traditioneller Werte.

Mit dieser programmatischen Mischung gelang es Christoph Blocher, die Schweizer Volkspartei in den neunziger Jahren zur stärksten Partei in der Schweiz zu machen und ihr zum ersten Mal seit Einführung der „Zauberformel“, nach der die sieben Regierungsämter unter den vier stärksten Parteien verteilt werden, einen zweiten Sitz im Schweizer Bundesrat zu sichern. So konsolidierte Pia Kjærsgaard in Dänemark die Stellung der Dansk Folkeparti nach Jahren innerparteilicher Zwistigkeiten, die die radikale Rechte an den Rand der Selbsterstörung brachten. In Frankreich stabilisierte Jean-Marie Le Pen die Position des Front National im rechten Lager, nachdem der Auszug des Mégret-Flügels die Partei an den Grundfesten erschüttert zu haben schien. In Italien gelang es der Lega Nord – eigentlich Lega Nord per l'indipendenza della Padania – trotz der schweren Krankheit Umberto Bossi und starker Konkurrenz von Forza Italia und Alleanza nazionale, ihre politischen Festungen in den nördlichen Teilen der reichen Provinzen Norditaliens einigermaßen erfolgreich zu verteidigen. In Norwegen ist es Carl Hagen immer wieder gelungen, den Zusammenhalt der Fremskrittspartiet, die einen festen Platz im norwegischen Parlament einnimmt, trotz wiederholter innerparteilicher Spannungen und Querelen zu gewährleisten.

Wie schnell sich eine allein auf die Mobilisierung von Ressentiments und Emotionen basierende Politikstrategie in harte politische Währung umwandeln lässt, hat

vor allem das Beispiel der Niederlande drastisch vor Augen geführt. Dort avancierte Pim Fortuyn innerhalb nur weniger Monate zu einem ernstzunehmenden Kandidaten für das Amt des Premierministers, dessen weiterer Aufstieg nur durch seine Ermordung verhindert wurde. Bereits kurze Zeit später stand mit Geert Willers ein neuer Prätendent bereit, in die Schuhe von Fortuyn zu schlüpfen. Als einer der Hauptgegner während der Referendumskampagne für die EU-Verfassung hat seine Groep Wilders gute Chancen, bei den nächsten Wahlen kräftig hinzuzugewinnen.

Wie erklärt sich die Fähigkeit radikaler rechter Parteien, sich trotz starken Konkurrenzdrucks auf dem politischen Markt nicht nur zu behaupten, sondern immer wieder überraschende Wahlerfolge zu verbuchen? Eines der Hauptmerkmale der neuen radikalen Rechten ist zweifellos, dass sie sich dezidiert am politischen Kunden orientiert. Die erfolgreiche radikale Rechte ist heute vor allem eine populistische Rechte, die sich bewusst als des „Volkes Stimme“ vermarktet. Dabei nimmt die radikale Rechte für sich in Anspruch, das offen auszusprechen, was der Durchschnittswähler zwar denkt, aber sich oftmals nicht zu sagen traut. Eine Reihe von Aussagen rechter Parteien belegen, dass dies Teil einer gezielten Strategie ist, vor allem Wähler aus den Unterschichten anzusprechen. So konnte man auf der Website des Vlaams Blok vor den letzten belgischen Parlamentswahlen lesen, die starke Zustimmung von Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen für die Partei komme zustande, weil der Vlaams Blok für die Belange des kleinen Mannes eintrete und „vor allem, weil er laut sagt, was der kleine Mann denkt“. Dies fand seinen Niederschlag in einer der Hauptparolen der Partei: „Zeggen wat u denkt“ (Sagen, was du denkst). Damit suggeriert die Partei, die Stimme für den Vlaams Blok erlaube es den Wählerinnen und Wählern, endlich einmal ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich Gehör zu verschaffen. Damit folgte der Vlaams Blok einer strategischen Vorlage des Front National, der immer wieder für sich in Anspruch genommen hat, dafür zu kämpfen, dass das Volk endlich wieder das Sagen habe, gemäß einem bekannten Slogan des FN: „Rendre la parole au peuple“ (Dem Volk das Wort zurückgeben).

Der Diskurs der radikalen Rechten gewinnt aber erst an Schärfe, indem er bewusst das Feindbild einer politischen, kulturellen und intellektuellen „neuen Klasse“ evoziert, deren Interessen und Machtstrategien den politischen Erwartungen der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen zuwiderlaufe. Rechte Politiker wie Haider, Blocher, Le Pen, Bossi und Wilders vermarkten sich gerne als Volkstribune, die ganz bewusst gegen die sprachlichen Regelungen des öffentlichen Diskurses verstoßen, um damit die „Hüter der political correctness“ zu provozieren und aus der Defensive zu locken. Beispielhaft dafür ist eine Rede Christoph Blochers, die er auf dem Jahreskongress der Schweizer Presse in Lausanne hielt, in der er sagte, es gebe in der Schweiz eine Reihe von „Tabuthemen,“ die von den Medien systematisch ausgeklammert würden. Als Ergebnis herrsche eine „feige Einheitsmeinung vor, diktiert von einer totalitär verstandenen ‚political correctness‘.“ Ein zentrales Ziel populistischer Politik von rechts besteht folgerichtig darin, die „kulturelle Hegemonie“ der dominanten Eliten zu unterwandern, ihren Einfluss auf die Meinungsbildung zu verhindern und damit den „gesunden Menschenverstand“ als neue Basis für die politische Entscheidungsfindung zu legitimieren. Dabei richten sich die Angriffe der radikalen Rechten vor allem gegen die Vertreter der 68er-Generation, um die Folgen der „Kulturrevolution“ der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen.

Dieser rhetorische Trick erlaubt es der radikalen Rechten, sich als Verfechter einer „wahren Demokratie“ zu propagieren. So lautete das Motto der Parteikonferenz des Vlaams Blok im Jahre 1996: „Mehr Demokratie in einem freien Flandern. Das Volk entscheidet.“ Und die FPÖ verfolgt seit ihrer Neuorientierung 1986 als ein Ziel, den österreichischen Parteienstaat abzuschaffen und durch eine neue „Bürgerdemokratie“ zu ersetzen. Denn, so Haider 1994, die „Gefahr auch für unsere Demokratie liegt heute in der Herstellung einer uniformierten Gesellschaft, in der die politisch vorgegebene Einheitsmeinung Gültigkeit hat.“ Denn wer „die Begriffe vorgibt, steuert das Denken.“ Sogar die British National Party, die sich bereits seit einiger Zeit bemüht, Anschluss an den populistischen Zeitgeist zu finden, bezeichnet sich auf ihrer Website als die einzige britische Partei „that is serious about restoring democracy to Britain“.

Zweifellos ist die anti-elitäre, auf der Mobilisierung von Ressentiments gegen die – laut Haider und Blocher – „Gutmenschen“ gründende Haltung rechtspopulistischer Parteien einer der Hauptgründe für ihren Erfolg bei Wahlen. Vergleichende quantitative Studien zeigen immer wieder, dass die Wähler und Wählerinnen dieser Parteien ein besonders hohes Maß an Misstrauen sowohl gegenüber den traditionellen politischen Parteien als auch gegenüber den politischen Entscheidungsmechanismen aufweisen. Dabei scheint gerade die Entfremdung gegenüber der parlamentarischen Demokratie sehr stark zu sein. Viele Wähler und Wählerinnen dieser Parteien würden einen „starken Mann“ an der politischen Spitze bevorzugen, der Entscheidungen schnell und konsequent trifft. Dies mag einer der Gründe dafür sein, dass die radikale Rechte in den letzten Jahren gerade in traditionellen Konkordanzdemokratien wie Österreich, der Schweiz, Belgien und den Niederlanden, wo sich die Entscheidungsfindung besonders langwierig und teilweise schwierig darstellt, ihre größten Erfolge verbuchen konnte.

Dabei wäre es jedoch verkürzt, die wahlpolitisch relevante radikale Rechte als bloße Protestparteien abzutun. Rechtspopulistische Parteien verfolgen durchaus ein Programm, das über die kurzfristige Mobilisierung von Ressentiments gegen die „politische Klasse“ und das opportunistische Aufgreifen von Stimmungen und Emotionen hinausgeht. Letzteres ist eher ein strategisches Mittel, um Wähler und Wählerinnen auf sich aufmerksam zu machen und für sich zu gewinnen. Dagegen hat sich gerade in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt, dass diese Parteien um die Entwicklung einer kohärenten Ideologie bemüht sind. Ein zentraler Punkt dieser Ideologie ist die Verteidigung der eigenen Identität gegen Multikulturalismus und „Überfremdung“. Filip Dewinter, der starke Mann im Vlaams Belang und ernstzunehmender Spitzenpolitiker in Antwerpen, hat dies bereits vor einigen Jahren in einer programmatischen Schrift mit dem Titel *Baas in eigen land* (Boss im eigenen Land) ausgeführt. Darin argumentierte er unter anderem, mit dem Ende des Kalten Krieges habe sich die traditionelle Rechts-links Achse als Grundlage der politischen Auseinandersetzung endgültig erledigt. An ihre Stelle sei eine neue „Bruchlinie“ getreten, deren Essenz im Konflikt zwischen Identität und Multikulturalismus bestehe.

Des weiteren postuliert Dewinter, indem er sich auf Huntingtons Bestseller *The Clash of Civilizations and the Remaking of the World* bezieht, die heutigen Konflikte seien nicht mehr ideologisch, „sondern ethnisch und kulturell inspiriert“. Ausgehend von dieser Analyse pocht der Vlaams Belang, wie fast alle anderen rechts-

populistischen Parteien, auf das „Recht auf Identität“ und auf das Recht, „wir selbst“ und „Boss im eigenen Land“ zu sein. Politisch bedeutet das in erster Linie, immer wieder Forderungen nach der drastischen Reduzierung der ausländischen – sprich nicht-europäischen – Bevölkerung im eigenen Land zu wiederholen sowie die Einführung und strikte Anwendung einer Politik der „*préférence nationale*“ in Bezug auf Arbeitsplätze und sozialstaatliche Leistungen zu fordern. Dahinter verbirgt sich das Anliegen, die gesellschaftlichen Liberalisierungsentwicklungen der letzten Jahrzehnte aufzuhalten und sukzessiv durch ethnokratische Prinzipien zu ersetzen, um damit das, was der Schweizer Soziologe Andreas Wimmer als „ethno-nationale Dominanz“ bezeichnet hat, zu garantieren. Ein System ethno-nationaler Dominanz, so Wimmer, lässt sich auf Dauer jedoch nur verteidigen, wenn es immer wieder über Geschichte und Kultur begründet werden kann.

Gleichzeitig ermöglicht der Rekurs auf „kulturelle Eigenheit“ der radikalen Rechten, sich gegen den Vorwurf, rassistisch zu sein, zu verteidigen. So erklärt Christoph Blocher, dass der wahre Patriotismus zwar die Liebe und die Identifikation mit der Heimat bedeute, niemals aber die Verachtung anderer Länder und von anderen Menschen. Dabei rekurriert die radikale Rechte vor allem auf den Begriff der Verschiedenheit, um sich dann als Verteidigerin des Kulturpluralismus gegen Einheitskultur und „One World-Utopien“ zu profilieren. So meinte Filip Dewinter vor einigen Jahren in einem Interview auf die Frage nach den Zielen des Vlaams Blok: „Wir wollen unsere Identität und unsere Kultur bewahren. Rassismus ist der Glaube, dass eine Gruppe von Menschen auf Grund von äußerlichen Merkmalen höher- oder minderwertiger ist als andere. Das glauben wir nicht. Alle sind gleich – aber verschieden.“

Der französische Ideologiekritiker und Kulturosoziologe Pierre-André Taguieff hat diese Argumentation treffend als „*differentialist racism*“ bezeichnet, dessen ideologische Wurzeln bis zu den Vordenkern der „*nouvelle droite*“ und deren Rekurs auf „*la droite à la différence*“ zurückreichen. Dabei treten an die Stelle des diskreditierten Begriffs der Rasse „ethno-pluralistische“, ethno-regionale und kommunitaristische Versatzstücke und das nicht nur bei Parteien wie dem Front National oder dem Vlaams Blok/Belang. Umberto Bossi vertrat im Juni 2000 in seiner Rede bei der jährlichen Zusammenkunft der Lega Nord in Pontida die Meinung, nichts könne „die Völker und ihre Verschiedenheiten auslöschen, noch ihre Kulturen und charakteristischen Eigenschaften, die die Frucht sind ihrer Interaktion mit ihrem Territorium und den Nahrungsmitteln, das ihr Territorium produziert und das sie konsumieren“. Bezeichnenderweise räumte die Lega Nord Alain Benoit, dem Vordenker der „*nouvelle droite*“, die Möglichkeit ein, auf der Titelseite des Lega-Nord-Blattes *La Padania* die aktuelle politische Entwicklung zu kommentieren.

Die Auseinandersetzung mit dem Islam nimmt eine besondere Stelle im identitätspolitischen Diskurs der radikalen Rechten ein. Es sind wiederum die gemäßigeren Parteien, die sich durch besondere Militanz hervortun. So gab die Dansk Folkeparti vor den jüngsten Parlamentswahlen eine mehr als 200-seitige Broschüre mit dem Titel *Denmarks fremdid, dit land – dit valg ...* (Dänemarks Zukunft, Euer Land – Eure Wahl) heraus, die sich überwiegend dem Thema Muslime in Dänemark widmete. Dabei konzentrierte sich die Mehrzahl der den Text begleitenden Fotos auf die Präsenz und das Erscheinungsbild von zumeist traditionell gekleideten Muslimen in Westeuropa. Ein Schwerpunkt war Berlin, das die Partei als

abschreckendes Beispiel besonders hervorhob. Die der fünfseitigen Inhaltsangabe beigefügten Bilder zeigten auf der einen Seite idyllische Landschaften mit viel Sonne und Meer, auf der anderen Seite Aufnahmen von fremdländisch aussehenden Menschen, zumeist in einer städtischen Umgebung. Das Ziel des Pamphlets war, zum einen zu suggerieren, es gebe eine unüberbrückbare kulturelle Kluft zwischen der autochtonen Bevölkerung und ihren islamischen Mitbürgern, und zum anderen den Islam pauschal mit Fundamentalismus gleichzusetzen. So zeigte das Titelblatt des Buches einen pistolenschwingenden Aktivist, umringt von einer Gruppe islamischer Fanatiker. In der Einleitung hieß es, der Islam sei keine Religion sondern ein „politisches Programm“, das aufgrund seiner anti-individualistischen Ausrichtung unvereinbar mit den Grundsätzen westlicher Demokratien sei. Bezugnehmend auf die Rolle der Frau in islamischen Ländern konstatierte die Partei, der Islam propagiere „mittelalterliche Praktiken“, die sich nicht mit modernen Gesellschaftsvorstellungen vereinbaren ließen. Darüber hinaus pochte die Partei darauf, Dänemark sei ein vom Christentum geprägtes Land, dessen Grundwerte wie Toleranz, gegenseitiges Verständnis und Respekt denen des Islam diametral entgegengesetzt seien. Aus diesem Grunde sei „die islamische Lebensweise“ mit der „dänischen christlichen Mentalität“ grundsätzlich unvereinbar.

Bei den Parlamentswahlen erreichte die Dansk Folkeparti immerhin 13 Prozent der Stimmen, nicht zuletzt aufgrund ihrer schrillen islamophoben Parolen. Einen noch größeren Erfolg konnte Pim Fortuyn in den Niederlanden verbuchen, auch hier vor allem wegen seiner dezidiert muslim-feindlichen Haltung. Fortuyn hatte bereits 1997 ein Buch mit dem provozierenden Titel *Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament* (Gegen die Islamisierung unserer Kultur. Niederländische Identität als Fundament) veröffentlicht, in dem sich der Autor kritisch mit den Themen Multikulturalismus und Integration auseinandersetzte. Nach dem 11. September verschärfte Fortuyn seine Tonart. Nachdem er sich für einen „kalten Krieg mit dem Islam“ ausgesprochen hatte, machte er sich dafür stark, die holländischen Grenzen für Migranten aus muslimischen Staaten dicht zu machen, um die freie und offene Gesellschaft seines Landes vor der „rückständigen Kultur“ des Islam zu schützen. Eines der zentralen Anliegen Pim Fortuyns, der aufgrund seiner Homosexualität besonders empfindlich auf die illiberalen Tendenzen der islamischen Kultur reagierte, war zweifellos, die modernen westlichen Werte und Normen zu verteidigen. Gerade aus diesem Grund ist es vielen Beobachtern so schwer gefallen, das Phänomen Pim Fortuyn politisch einzuordnen.

Dies trifft zum Teil auch auf Fortuyns ideologischen Nachfolger Geert Wilders zu. Wie Fortuyn propagiert auch Wilders, der nach der Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh durch einen Muslim-Extremisten unter permanentem Polizeischutz steht, in erster Linie ein islam-feindliches Programm. Die zentrale Forderung seiner Bewegung lautet: „Stop import islamitische cultuur!“ So sagt Wilders in einem Interview mit der Tageszeitung *De Telegraaf*, der Islam predige „faschistisches Gedankengut“, das „die Demokratie zu zerstören droht“. Die Niederlande hätten sich lange Zeit zu tolerant gegenüber Intoleranz gezeigt, und die politische Elite sei sich entweder der Gefahr überhaupt nicht bewusst oder sie rede sie klein. Nur durch drastische Maßnahmen wie die Schließung von Moscheen, in denen radikales Gedankengut verbreitet werde und durch die unverzügliche Ausweisung militanter Muslime könne das Land vor dem Schlimmsten bewahrt werden.

Ähnliche Argumente werden auch von anderen Vertretern der radikalen Rechten im Umgang mit der im Lande lebenden muslimischen Bevölkerung vorgebracht. So verteidigte Ueli Maurer, der Präsident der SVP, unter anderem die Ablehnung einer Initiative, einen Ausbildungsgang für in Schweizer Moscheen tätige Imame an Schweizer Universitäten einzurichten, mit der Begründung, die Schweiz sei „ein christliches Land“. Außerdem würde eine inländische Ausbildung sowieso nicht viel nützen, da ein „gewisser Fanatismus“ einfach „Teil dieser Religion“ sei. Gleichzeitig warnte der Nationalrat der SVP, Ulrich Schlüer, in der der SVP nahestehenden *Schweizerzeit* vor der drohenden „Muslimisierung“ der Schweiz. Sollte sich die „forcierte Einbürgerung“ der letzten Jahre fortsetzen, werde die Schweiz bereits in einigen Jahrzehnten ein mehrheitlich islamisches Land sein. Diese Argumentation trug maßgeblich zum Scheitern einer Vorlage zur erleichterten Einbürgerung im September 2004 bei, die von der SVP vehement abgelehnt wurde.

In Italien hat sich die Lega Nord seit mehreren Jahren den Kampf gegen die „invasione islamica“ auf ihre Fahnen geschrieben. Denn, so Roberto Calderoli, einer der führenden Politiker der Lega Nord und Minister der Berlusconi-Regierung, der Islam sei eine „intolerante Religion“, die weder „unsere Kultur noch unsere katholische Religion respektiert“. Deshalb werde die Lega Nord es niemals akzeptieren, „di essere colonizzati da chi non rispetta le nostre leggi e le nostre tradizioni“ (von denen kolonisiert zu werden, die weder unsere Gesetze noch unsere Traditionen achten). Es ist kaum verwunderlich, dass die Lega Nord die umstrittene Schriftstellerin Oriana Fallaci vehement verteidigt. Kurz nach dem Erscheinen der jüngsten Kampfschrift Fallacis, *La forza della ragione*, hielten Vertreter der Lega eine öffentliche Lesung von Auszügen des Buches vor dem Mailänder Dom ab. Als Fallaci kürzlich in Bergamo wegen einiger Passagen des Buches verklagt wurde, organisierte die Lega eine Protestkundgebung, an der auch der aus den Reihen der Lega kommende Justizminister Roberto Castelli teilnahm. Zudem verteilte die Lega kostenlose Exemplare des Buches an interessierte Bürger.

Heute sind die anti-islamischen Aussagen ein zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Identitätspolitik. Das Hauptziel dieser Politik ist die unbedingte Verteidigung der nationalen Souveränität. So gehört die radikale Rechte zu den schärfsten Kritikern sowohl der Globalisierung als auch einer weitergehenden europäischen Integration, die ihrer Meinung nach nur darauf abzielt, den Nationalstaat in letzter Konsequenz abzuschaffen und damit der Globalisierung auch in Europa Tür und Tor zu öffnen. Jean-Marie Le Pen hat dies vor kurzem in seiner Rede zum 1. Mai drastisch in Worte gefasst, als er sagte, die größte Gefahr für sein Land „c'est la perte de l'indépendance par l'Europe et la perte de l'identité par l'immigration“. Einige Tage später sprach sich Christoph Blocher im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen, den die SVP vehement ablehnte, noch einmal ausdrücklich zur Beibehaltung der Grenzen aus: „Wer alle Grenzen auflösen will, muss sich nicht wundern, wenn damit nicht nur Grenzen, sondern der ganze Staat aufgelöst wird, mitsamt seiner Identität, seiner Geschichte, seiner Eigenart. Die Grenzen sind der Garant für das, was den Staat ausmacht.“ Nachdem die SVP die Abstimmung verlor, erklärte sie auf ihrer Website, mit dem Beitritt der Schweiz zu Schengen sei der EU-Beitritt des Landes endgültig vom Tisch.

Die Lega Nord schildert immer wieder sehr drastisch die Gefahren der Globalisie-

rung. In einer Erklärung der Partei zur Frage der Einwanderung heißt es unter der bezeichnenden Überschrift „Società Multirazziale e Mondialismo“, die Verfechter der Globalisierung seien nichts anderes als Rassisten.

Deutlicher könnte man den Kern rechtspopulistischer Ideologie kaum beschreiben. Diese Ideologie lässt sich mit den herkömmlichen Mitteln der Rechtsextremismusforschung nur sehr beschränkt erfassen. Parteien wie die SVP, die Lega Nord oder die Dansk Folkeparti versuchen weder, die Demokratie ernsthaft in Frage zu stellen, noch verfolgen sie ihre Ziele mit gewaltsamen Mitteln. Im Gegenteil. Die wahlpolitisch erfolgreiche radikale Rechte vermarktet sich als Hüter und Verfechter von Demokratie und westlichen Werten. So bezeichnete die Lega Nord ihr Eintreten für die Schriftstellerin Oriana Fallaci als kompromisslose Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen den (linken) „Terror“ der political correctness. Die identitätspolitische Ideologie der radikalen Rechten ist etwas qualitativ Neues, eine postmoderne Antwort auf die sozialen und kulturellen Turbulenzen der Gegenwart. Das heißt jedoch nicht, dass es dafür keine Präzedenzfälle gebe.

Bewegungsgeschichtlich stellt die rechtspopulistische Mobilisierungswelle der letzten Jahre eine Neuauflage des amerikanischen „nativism“ des neunzehnten Jahrhunderts dar, der das innenpolitische Klima in den Vereinigten Staaten über mehrere Jahrzehnte nachhaltig prägte. Auslöser dieser Entwicklung war die Ankunft von deutschen und irischen, katholischen Einwanderern zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, die von der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung mit Argwohn beobachtet wurde. Das zentrale Argument der „nativists“ war, dass die Neuankömmlinge Werte und Normen mitbrachten, die den Grundsätzen der amerikanischen Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung diametral entgegengesetzt wären. Ein Beispiel für diese weitverbreitete Einschätzung waren zwei einflussreiche Schriften von Samuel Morse, dem Erfinder des Telegraphen, aus den Jahren 1834 und 1835 mit den bezeichnenden Titeln *The Foreign Conspiracy Against the Liberties of the United States* und *The Imminent Dangers to the Free Institutions of the United States through Immigration*. Seine Schriften trugen dazu bei, den bereits bestehenden Eindruck zu verfestigen, die katholische Kirche sei „an anti-democratic, dangerous, and even evil institution“ und Immigration das Instrument „of the Catholic Church’s supposed quest for world domination“. Um dieser Gefahr zu begegnen, postulierten die „nativists“ „die zentrale Bedeutung angelsächsischer ethnischer und kultureller Hegemonie als diejenigen Faktoren, die den Erfolg der Vereinigten Staaten als eine stabile und erfolgreiche Gesellschaft gewährleisteten“. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung kam es zur Bildung einer eigenen, ausländerfeindlichen Partei, der „Know-nothings“ (oder auch American Party), die sich zum Ziel gesetzt hatte, den „despotischen Glauben“ zu bekämpfen, der in ihren Augen den „Baum der Freiheit“ auszureißen suchte.

Mit ihrem Programm verbuchten die „Know-nothings“ signifikante Erfolge in einer Reihe von Einzelstaaten und wurden sogar als ernsthafte Herausforderer für das Amt des Präsidenten gehandelt, bevor die Frage der Sklaverei als neues zentrales Thema der amerikanischen Innenpolitik dem Spuk ein Ende setzte. Der Einfluss ihrer Ideen – und hier vor allem der Gedanke, etwas sei „unamerikanisch“ – erwies sich jedoch als beständiger. Erst kürzlich warnte Samuel P. Huntington in einer Reihe von Aufsätzen vor der Masseneinwanderung aus den lateinamerikanischen Ländern, vor allem aus Mexiko, die mit ihrer überwiegend katholischen Bevölke-

rung eine ernsthafte Gefahr für die kulturellen Grundlagen der angelsächsischen protestantischen Identität der Vereinigten Staaten darstelle.

Die anti-islamischen Tiraden der europäischen radikalen Rechten schlagen in dieselbe Kerbe. Es geht um die Verteidigung ethno-nationaler Dominanz im Namen von Kultur, Identität und den Errungenschaften westlicher Zivilisation. Dahinter verbirgt sich die in rechten Kreisen weitverbreitete Angst, dass „time is running out for Western civilization“, wie dies Nick Griffin von der British National Party vor einigen Jahren formulierte. Gleichzeitig geht es jedoch auch um die Verteidigung einer eigenen, spezifisch europäischen Identität, eines sozialen und kulturellen Modells, das die Rechte – und nicht nur sie – heute mehr denn je sowohl vom „turbo-kapitalistischen“ Modell der USA als auch vom religiösen Fundamentalismus des Islam bedroht sieht. Die programmatische Anziehungskraft rechtspopulistischer Parteien in Belgien, Frankreich, Dänemark und anderen Ländern Europas basiert auf ihrer Fähigkeit, diese Bedrohungsängste immer wieder aufs Neue griffig zu artikulieren und sich als die einzigen wahren Verteidiger des europäischen Modells darzustellen.

# **Rechtspopulismus und Rechtsextremismus**

## **Einige Anmerkungen zum Beitrag von Hans-Georg Betz**

Von Richard Stöss

Seit den neunziger Jahren ist es gang und gäbe, von Rechtspopulismus anstatt von Rechtsextremismus zu sprechen. Hans-Georg Betz ist diesbezüglich nicht eindeutig, da er auch den Begriff „radikale Rechte“ verwendet oder vom „rechten Rand“ des Parteienspektrums spricht. Aber Rechtspopulismus ist seiner Meinung nach heute ein wesentliches Merkmal des Rechtsextremismus: „Die erfolgreiche radikale Rechte ist heute vor allem eine populistische Rechte.“ Dass es nicht nur um Begriffe, sondern um Grundsätzliches geht, zeigt folgende Aussage von Betz: „(Die rechtspopulistische Ideologie) lässt sich mit den herkömmlichen Mitteln der Rechtsextremismusforschung nur sehr beschränkt erfassen. Parteien wie die SVP, die Lega Nord oder die Dansk Folkeparti versuchen weder, die Demokratie ernsthaft in Frage zu stellen, noch verfolgen sie ihre Ziele mit gewaltsamen Mitteln. Im Gegenteil. Die wahlpolitisch erfolgreiche radikale Rechte vermarktet sich als Hüter und Verfechter von Demokratie und westlichen Werten.“ Die Behauptung, dass die Rechtsextremismusforschung nicht in der Lage sei, zeitgenössische Parteien am rechten Rand angemessen zu analysieren, provoziert den energischen Widerspruch des Rechtsextremismusforschers.

### **I.**

Mein Widerspruch bezieht sich zunächst auf die Begründung: Betz unterstellt beispielsweise, dass Gewalt ein Merkmal des Rechtsextremismus sei. Tatsächlich weist die Rechtsextremismusforschung nach, dass zwischen systemkonformer und systemwidriger Opposition zu unterscheiden ist. Gewalt ist typisch für Teile des fundamentaloppositionellen Rechtsextremismus, der allerdings im rechtsextremen Parteiwesen eine nachgeordnete Rolle spielt. Ich unterscheide zwischen systemkonformer, systemkritischer und systemwidriger Praxis.

Die Rechtsextremismusforschung differenziert aber nicht nur bezüglich der Mittel- bzw. Normendimension, sondern auch hinsichtlich der Ziele bzw. Werte. Beispiel Demokratie: Rechtsextremismus richtet sich im Kern gegen die Menschenrechte, insbesondere gegen das Prinzip der Menschenwürde und gegen die Freiheits- und Gleichheitsrechte. Diese allen Menschen zustehenden Grundrechte werden weder von der SVP, der LN noch der DF anerkannt. Diese Parteien richten sich zwar nicht explizit – wie Betz mit Recht feststellt – gegen die politische Ordnung ihres Landes, aber sie missachten die der Demokratie zugrundeliegende Werteordnung. Dass sich Rechtsextremismus als „Hüter und Verfechter von Demokratie“ darstellt und das politische Establishment als undemokratisch, autoritär und repressiv bezeichnet, gilt seit Jahrzehnten und ist keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal eines „neuen“, populistisch agierenden Rechtsextremismus. Dass der Rechtsextremismus „westliche Werte“ propagiert, ist allerdings unzutreffend. Er richtet sich vielmehr seit ehedem – wie erwähnt – explizit gegen die demokratische Werteordnung. Betz selbst erwähnt diesbezüglich einige Beispiele wie „alle sind gleich – aber verschieden“ und „[Grund-] Recht auf Verschiedenheit“.

Überhaupt definiert der Großteil der Rechtsextremismusforscher Rechtsextremismus als eine Kombination von Nationalismus und Ethnozentrismus, wobei es sich um zwei Seiten einer Medaille handelt. Auf dieser begrifflichen Grundlage lassen sich alle Phänomene des historischen und gegenwärtigen Rechtsextremismus problemlos erfassen. Das dem heutigen Rechtspopulismus zugeschriebene Ziel einer „ethno-nationalen Dominanz“ stellt in Wirklichkeit ein Kernstück der Ideologie des Rechtsextremismus dar, seitdem es ihn gibt. Anfang des 20. Jahrhunderts lautete die Terminologie allerdings noch „völkischer Nationalismus“. Von einer Beschränktheit der Rechtsextremismusforschung kann daher keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Verfechter des Begriffs „Rechtspopulismus“ übersehen in ihrem zwanghaften Bemühen, den gegenwärtigen Rechtsextremismus als ein qualitativ neues Phänomen darzustellen, seine historischen Traditionslinien.

## II.

Obwohl ich kein Anhänger der Kontinuitätsthese („alter Wein in neuen Schläuchen“) bin, vermag ich auch der These vom „neuen“ Rechtsextremismus nicht zu folgen. Die Zeiten ändern sich und mit ihnen der Rechtsextremismus! Aber an seinem historisch-soziologischen Wesen hat sich nichts geändert. Daher kann ich auch folgender Aussage von Betz nicht zustimmen: „Die identitätspolitische Ideologie der radikalen Rechten ist etwas qualitativ Neues, eine postmoderne Antwort auf die sozialen und kulturellen Turbulenzen der Gegenwart.“

Tatsächlich bilden „soziale und kulturelle Turbulenzen“ die Existenzgrundlage des Rechtsextremismus seit seinem Bestehen. Rechtsextremismus ist eine Begleiterscheinung von Modernisierungsschüben der Industriegesellschaften. Insofern ist die Charakterisierung des Rechtsextremismus als eine „normale Pathologie“ moderner Industriegesellschaften durch Scheuch und Klingemann (1967) durchaus zutreffend. In Deutschland entstand der Rechtsextremismus im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, in einer Zeit also, in der Ungleichzeitigkeiten der ökonomischen und der politischen Entwicklung Demokratisierungsbestrebungen begünstigten und liberale bzw. sozialistische Kräfte an Einfluss gewannen. Damals war zwar noch nicht von „Identität“ die Rede, aber genau darum ging es beispielsweise dem „Alldeutschen Verband“ oder der Deutschen Vaterlandspartei (DVLV), wenn sie das „Deutschtum“ oder das „Germanentum“ zur Richtschnur allen Denkens und Handelns erklärten und die (militante) Selbstbehauptung gegen „undeutsche“ Erscheinungen bzw. Bedrohungen im Inneren und von außen einforderten.

Selbstverständlich haben sich die ökonomisch-sozialen und die politisch-kulturellen und vor allem auch die medialen Rahmenbedingungen im Laufe der Zeit immer wieder gewandelt, und der Rechtsextremismus hat – das gilt übrigens für alle politischen Strömungen – seine Ziele und Mittel, Werte und Normen den jeweiligen Krisen- und Umbruchsituationen mehr oder weniger erfolgreich angepasst. Im Kern aber war und ist Rechtsextremismus unter funktionalen Gesichtspunkten ein völkisch- (bzw. ethnisch-) nationalistisches Angebot zur Krisenbewältigung.

### III.

Betz nennt weitere Merkmale, die für den Populismus der „neuen radikalen Rechten“ charakteristisch seien. Aber auch diese Merkmale treffen grosso modo genauso auf den „alten“ Rechtsextremismus zu. So hat sich der Rechtsextremismus stets als „Volkes Stimme“ ausgegeben und sich bemüht, „gesellschaftliche Liberalisierungsentwicklungen aufzuhalten“ und „die ‚kulturelle Hegemonie‘ der dominanten Eliten zu unterwandern“. Das galt für die Faschismen der Zwischenkriegszeit und für die Rechtsextremismen im (westlichen) Nachkriegseuropa. Etwas komplizierter liegen die Verhältnisse beim Rassismus. Betz weist mit Recht darauf hin, dass der zeitgenössische Rassismus – ich bleibe bei dem Begriff, spreche allerdings von Neo-Rassismus – zumeist nicht mehr die unterschiedliche Wertigkeit von „Rassen“ betont, sondern auf ihre Verschiedenheit abhebt, die erhalten werden müsse. Dass sich die Rechtspopulisten dagegen wehren, als Rassisten bezeichnet zu werden, ist aus ihrer Sicht verständlich, denn mit einem rassistischen Image lassen sich heute keine Wahlen gewinnen. Dies enthebt die Sozialwissenschaften nicht ihrer ideologiekritischen Berufung. Wer die Bewahrung der Vielfalt der „Rassen“ oder auch Ethnien fordert, zielt auf Rassentrennung und ist mithin ein Rassist. Mehr noch: Geht man davon aus, dass sich die „Rassen“ nicht freiwillig trennen lassen, dann läuft die Ideologie auf Rassenkampf hinaus, womit wir wieder beim klassischen Rassismus angelangt wären.

Aber darum geht es mir hier nicht primär. Mein Argument gegen Betz lautet, dass der Neo-Rassismus keine Erfindung der „neuen radikalen Rechten“ und schon gar nicht der französischen „nouvelle droite“ ist, sondern ein Kind des „alten“ Rechtsextremismus. Entscheidend ist, dass der Grundgedanke des Neo-Rassismus bereits in den fünfziger Jahren entwickelt wurde. Ob den „Rassen“ überhaupt eine unterschiedliche Wertigkeit zukommt, war unter „Rasseforschern“ schon immer umstritten. Aber erst im Rechtsextremismus der Nachkriegszeit hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass keine allgemeinverbindlichen Kriterien zur Beurteilung der Kultur- und Zivilisationsleistungen der „Rassen“ existieren. Meines Wissens wurde der Gedanke und der Begriff des „Ethnopluralismus“, also das Gebot der Bewahrung der kulturellen Verschiedenheit der über ein eigenes Existenzrecht verfügenden „Rassen“, explizit erstmalig 1973 vom deutschen Rechtsextremisten Henning Eichberg formuliert. Er ist dann von der französischen „neuen Rechten“ aufgenommen und zum „Grundrecht auf Verschiedenheit“ zugespitzt worden.

### IV.

Das Populismus-Konzept übersieht, dass die rechtsextreme Parteifamilie aus mehreren Subtypen besteht, die analytisch sorgsam unterschieden werden müssen. Das gilt sowohl für die nationalen Parteiensysteme als auch für das rechtsextreme Parteiwesen in Westeuropa<sup>1</sup>. Es widerspräche allen parteiensoziologischen Standards, die dänischen Nationalsozialisten und die Dänische Volkspartei (DF) über einen Kamm zu scheren. Auch hierzulande unterscheiden wir mit gutem Grund zwischen der NPD und den Republikanern. Selbst wenn nur die erfolgreichen Parteien, also die mit parlamentarischer Repräsentanz auf nationaler bzw. europäischer Ebene, betrachtet werden, ist Differenzierung geboten.

<sup>1</sup> Mit Westeuropa sind die früheren 15 EU-Staaten sowie Norwegen und die Schweiz gemeint.

Ich bediene mich dabei eines einfachen Modells, das die Parteien entlang der beiden bereits erwähnten Dimensionen Werte bzw. Ziele und Normen bzw. Mittel gruppiert: nach der Bedeutung bzw. Intensität von Nationalismus und Ethnozentrismus in Programm und Praxis sowie nach der Haltung gegenüber den jeweiligen politischen Systemen. Hinsichtlich der Haltung zum System unterscheide ich – wie bereits erwähnt – zwischen systemkonform, systemkritisch und systemfeindlich. Die Grenze zwischen Systemkritik und Systemfeindschaft ist allerdings fließend, weil auch Systemkritik letztlich auf Systemüberwindung hinausläuft.

Ob eine Partei überhaupt der rechtsextremen Parteienfamilie zuzuordnen ist, entscheide ich anhand der beiden definitorischen Merkmale Nationalismus und Ethnozentrismus. Rechtskonservative Parteien, deren „Nationalismus“ lediglich in der Ablehnung der Europäischen Union besteht<sup>2</sup> und die keine explizite Diskriminierung von fremden Ethnien bzw. „Rassen“ erkennen lassen<sup>3</sup>, gehören nicht dazu. Es ergeben sich drei Subtypen, die sich auch hinsichtlich ihrer Bündnispolitik voneinander unterscheiden:

- Typ 1: Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform; Kooperation mit liberalen und konservativen Parteien, nicht aber mit rechtsextremen Parteien des Typs 2 oder 3.
- Typ 2: Nationalistisch und neo-rassistisch, eher systemkritisch; keine Zusammenarbeit mit Parteien des Typs 1, die von den Parteien des Typs 2 dem nationalistischen Lager nicht einmal zugerechnet werden; oft auch (nur verbale) Abgrenzung gegenüber Parteien des Typs 3.
- Typ 3: (Neo-)faschistisch und (neo-)rassistisch, systemfeindlich; ebenfalls keine Kooperation mit Parteien des Typs 1, aber gewisse Affinitäten zu Parteien des Typs 2.

In der nachfolgenden Übersicht sind die rechtsextremen Parteien Westeuropas mit parlamentarischer Repräsentanz auf nationaler bzw. europäischer Ebene verzeichnet.

Bei den Parteien des Typs 1 handelt es sich zumeist um Gründungen seit der neo-liberalen Wende, also seit den siebziger Jahren. Einige Parteien gehörten zuvor dem etablierten politischen Spektrum an, entwickelten sich dann aber nach rechts. Dies trifft beispielsweise auf die FPÖ zu, die erst unter dem Vorsitz von Jörg Haider (seit 1986) nach rechts driftete oder auf die seit 1918 bestehende schweizerische SVP, die ihren Rechtsschwenk in den neunziger Jahren unter dem Einfluss von Christoph Blocher vollzog. Die Parteien des Typs 1 sind bei Wahlen insgesamt wesentlich erfolgreicher als die der beiden anderen Typen. Und wenn rechtsextreme Parteien an nationalen Regierungen beteiligt sind<sup>4</sup> bzw. wie in Norwegen oder Dänemark nationale Regierungen tolerieren, dann gehören sie dem Typ 1 an. Eine Ausnahme

2 Z.B. die britische United Kingdom Independence Party (UKIP; Unabhängigkeitspartei Großbritanniens).

3 Z.B. der portugiesische Partido Popular (PP; Volkspartei).

4 Die schweizerische SVP ist seit 1929 an nationalen Regierungen beteiligt, aber erst seit 1995 kann von einer rechtsextremen Regierungsbeteiligung die Rede sein. Die FPÖ befindet sich seit 2000 in einer Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), und die italienischen Parteien AN und LN waren 1994 für einige Monate und sind seit 2001 wieder Mitglied der Regierung ihres Landes. Die LPF war 2002 an der niederländischen Regierung beteiligt.

bilden lediglich die italienische LN und die ebenfalls italienische AN, die (im Fall der AN nur zeitweilig) dem Typ 2 zuzurechnen waren bzw. sind.

In der Literatur wurde die Bezeichnung „rechtspopulistisch“ zunächst vor allem für die Parteien des Typs 1 gebraucht. Ursache dafür dürften – durchaus berechtigte – Bedenken gewesen sein, diese Parteien umstandslos dem Rechtsextremismus zuzuschlagen. Diese Unsicherheit führte dazu, dass die Parteien dieses Typs gelegentlich auch als „Rechtsextremismus light“ bezeichnet wurden.

### Extrem rechte Parteien in nationalen Parlamenten Westeuropas und bzw. oder im Europaparlament seit 1975

<b>TYP 1</b> Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform	<b>TYP 2</b> Nationalistisch und neo-rassistisch, eher systemkritisch	<b>TYP 3</b> (Neo-)faschistisch und (neo-)rassistisch, eher systemfeindlich
Schweizerische Volkspartei	Front National (BE)	Movimento Sociale Italiano (IT)
Fremskridtspartiet (DK)	Vlaams Blok bzw. Vlaams Belang (BE)	Movimento Sociale Fiamma Tricolore (IT)
Dansk Folkeparti (DK)	Front National (FR)	Alternativa Sociale (IT)
Komma Proodeftikon (GR)	Ethniki Parataxis (GR)	Fuerza Nueva (SP)
Alleanza Nazionale (IT) (seit 1999)	Ethniki Politiki Enosis (GR)	
Lijst Pim Fortuyn (NL)	Laikos Orthodoxos Synagermos (GR)	
Fremskrittspartiet (NO)	Alleanza Nazionale (IT) (bis 1998)	
Freiheitliche Partei Österreichs	Lega Nord (IT)	
Ny Demokrati (S)	Republikaner (BRD) (bis 1994)	
Republikaner (BRD) (seit 1995)		

Parteinamen, deutsche Übersetzungen und Abkürzungen

Alleanza Nazionale (Nationale Allianz)	AN
Alternativa Sociale (Soziale Alternative) – Alessandra Mussolini	AS
Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)	DF
Ethniki Parataxis (Nationale Front)	EP
Ethniki Politiki Enosis (Nationale Politische Union)	EPEN
Front National (Nationale Front)	FN
Fuerza Nueva (Neue Kraft)	FN
Fremskridtspartiet/Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei)	FrP
Komma Proodeftikon (Fortschrittspartei)	KP
Laikos Orthodoxos Synagermos (Orthodoxe Volksbewegung)	LAOS
Lega Nord (Liga Nord)	LN
Lijst (Liste) Pim Fortuyn	LPF
Movimento Sociale Fiamma Tricolore (Sozialbewegung der dreifarbigten Flamme)	MSFT
Movimento Sociale Italiano/Destra Nazionale (Italienische Sozialbewegung/Nationale Rechte)	MSI/DN
Ny Demokrati (Neue Demokratie)	NyD
Vlaams Blok (Flämischer Block); seit 2004: Vlaams Belang (Flämische Interessen)	VB

Tatsächlich lassen sich einige Gründe anführen, die dagegen sprechen, die Parteien des Typs 1 als rechtsextrem zu charakterisieren. Vor allem haben sie bis auf wenige Ausnahmen nie die Nähe zu den beiden übrigen Parteitypen gesucht, sondern sich eher gegen sie abgegrenzt. Ihr Nationalismus ist nicht chauvinistisch und schon gar nicht expansionistisch. Daher spricht einiges dafür, diesen Subtyp mit einem gesonderten Label zu versehen, beispielsweise rechtsradikal<sup>5</sup> oder auch rechtspopulistisch. Dieser Logik folgen die Verfechter des Populismus-Konzepts nicht, denn sie schlagen dem Rechtspopulismus auch Parteien des Typs 2 (teilweise auch des Typs 3) zu.

Die Aufschlüsselung der rechtsextremen Parteien nach den genannten Typen trägt wesentlich zu der Erkenntnis bei, warum es bislang nicht gelungen ist, eine Euro-Rechte beispielsweise als Fraktion im Europaparlament zu konstituieren: Die Gemeinsamkeiten (Nationalismus und Ethnozentrismus) der drei Subtypen haben sich als nicht mächtig genug erwiesen, um die Unterschiede zwischen ihnen hintanzustellen. Dass dafür auch die speziellen nationalen Traditionen der rechtsextremen Parteien verantwortlich sind, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

5 Im amtlichen deutschen Sprachgebrauch gelten solche Parteien als rechtsradikal, die politisch weit rechts stehen, sich aber nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes richten.

## V.

Betz betrachtet den Populismus als Ursache für den Erfolg der radikalen Rechten in Westeuropa. Als empirisches Material dienen dabei die Länder mit über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgreichen rechtsextremen Parteien auf nationaler Ebene: Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich und die Schweiz. Neben diesen acht Staaten finden sich in Westeuropa allerdings weitere neun Länder ohne entsprechend erfolgreiche rechtsextreme Parteien: Deutschland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Portugal, Schweden und Spanien. Ein Konzept, das Wahlerfolge zu deuten beansprucht, sollte auch in der Lage sein, Misserfolge zu erklären. Dieser Aspekt wird von den Vertretern des Populismus-Konzepts völlig ausgeklammert.

Egal ob Rechtspopulismus politische Methoden oder politische Inhalte oder beides bezeichnet, er steht für die Angebotsseite, nicht aber für die bei Wahlen ebenso wichtige Nachfrageseite, nicht also für die Bedürfnisse und Interessen der Wähler. Rechtspopulismus steht nur für einen Teil der Angebotsseite, nämlich für das Angebot der rechtsextremen Parteien. Diese befinden sich jedoch im (Angebots-) Wettbewerb mit anderen Parteien. Ob sich eine Person bei Wahlen für eine rechtsextreme Partei entscheidet, hängt auch von ihrer Beurteilung der demokratischen Parteien ab. Bei der Analyse von Erfolg und Misserfolg rechtsextremer Parteien sind mithin Angebot und Nachfrage und damit eben auch die ökonomisch-sozialen und die politisch-kulturellen Rahmenbedingungen eines Landes zu berücksichtigen.

## VI.

Fazit: Betz – und auch anderen Verfechtern des Populismus-Konzepts – gelingt es nicht, zu verdeutlichen, worin die Leistungsfähigkeit dieses Konzepts gegenüber den bisherigen Erkenntnissen der Rechtsextremismusforschung bestehen soll.

# Rechtspopulismus

## Anmerkungen zum Beitrag „Postmoderne Politik von rechts“

Von Hans-Gerd Jaschke

### Zum Populismus-Begriff

Folgen wir dem *Politiklexikon* von Schubert/Klein (3. Aufl., Bonn 2003, S. 230), dann handelt es sich beim Populismus um „eine Politik, die sich volksnah gibt, die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt und vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet“. Die Literatur ist sich einig darüber, dass Populismus auch eine Attitüde beinhaltet, nämlich die Frontstellung „wir da unten“ gegen „die da oben“. Populismus ist eine Methode der Vermittlung des Politischen, nicht mehr, nicht weniger. Sie ist nicht begrenzt auf rechte oder rechtsextreme Strömungen, denkbar wären auch populistische Strömungen von links, aus der Mitte oder aus anderen Richtungen. In der Suchmaschine Google finden sich ca. 87.000 Eintragungen zum Stichwort „Populismus“. Allein daran wird die inhaltlich breite Anwendung des Populismus-Begriffs deutlich.

Der Begriff Populismus wurde durch Lawrence Goodwyns Buch über den „populistischen Moment“ (*The populist moment*, New York 1978) geprägt. Darunter verstand er eine besondere sozialgeschichtliche Konstellation, bei der die Bindungen, Mentalitäten und Erlebnisdimensionen von Wählerschichten oder anderen sozialen Schichten durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse erschüttert werden und nach neuen Deutungen verlangen. Damit ist die Stunde der Emotionalisierung gekommen, der Verführer, Vereinfacher, Demagogen, Rattenfänger.

### These 1: Betz vermischt Methode und Inhalt

Wie ist es nun mit dem „Rechts“populismus? Wenn Populismus als politische Methode zu verstehen ist, dann müssten zentrale Inhalte rechtsextremistischer Weltanschauungen wie etwa

- die Ideologie der Volksgemeinschaft,
- die Ideologie der Ungleichheit und der rassistischen Überlegenheit,
- die Ideologie der organisch konzipierten Gemeinschaft,
- die Ideologie des starken Staates

einer populistischen Übersetzung ins Volkstümliche zugänglich sein. Also nicht mehr, wie in neonazistischen Zirkeln, rassistische Mythen und die heute obskur anmutende Sprache des Dritten Reiches, sondern bierzelttaugliche Übersetzungen. Die Pointe des Populismus-Konzepts im Goodwynschen Sinne besteht darin, den populistischen Moment herauszufinden, also nicht nur zu fragen, ob populäre Diktionen stattfinden, sondern warum und welchen gesellschaftlichen Verhältnissen sie geschuldet sind.

In diese Richtung argumentiert Betz zunächst. Eines der Hauptmerkmale „der neuen radikalen Rechten“ sieht er darin, „dass sie sich dezidiert am politischen Kunden orientiert“. Er zeigt dies an einer Vielzahl europäischer Beispiele – wobei wir hier methodische Probleme der Vergleichbarkeit ganz unterschiedlicher Phänomene außer acht lassen – und ebenso an verschiedenen inhaltlichen Thematiken:

Front gegen Zuwanderung, gegen den Islam, gegen kulturelle Überfremdung, gegen die „68er“.

Nun aber argumentiert Betz auf der Ebene der Inhalte und verlässt damit das methodisch ausgerichtete Populismus-Konzept. Recht auf Identität und kulturelle Eigenheit, Verteidigung kultureller Hegemonie und ethno-nationaler Dominanz hält er für originäre programmatische, also inhaltliche Entwicklungen einer „rechts-populistischen Identitätspolitik“. „Diese Ideologie“, so Betz, „lässt sich mit herkömmlichen Mitteln der Rechtsextremismusforschung nur sehr beschränkt erfassen“. An dieser Stelle vermischt Betz Inhalt und Methode, dadurch wird seine Rechtspopulismus-Konstruktion unscharf und verlässt die sozialwissenschaftliche Debatte über den Populismus. Faschismus- und Rechtsextremismusforschung haben im übrigen immer Methode, Inhalt und Ziele voneinander trennen können.

Identitätspolitik ist keineswegs eine rechtspopulistische Erfindung, sie war und ist Kernpunkt aller rechtsextremen Ideologien. NSDAP, NPD, DVU – ihre gesamte Programmatik könnte man als antidemokratische, rassistische Identitätspolitik rekonstruieren. Sind also Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen im Grunde Neonazis, tarnt sich der alte Rechtsextremismus mit neuer Taktik? Natürlich nicht. Aber zur Klärung dieser Frage genügen die herkömmlichen Mittel der Textanalyse und der Ideologiekritik, um herauszufinden, in welcher Mischung sich konservative und rechtsextreme Ideen, angereichert durch Begriffe der Neuen Rechten, in der Programmatik des Rechtspopulismus wiederfinden. Dazu gibt es eine Reihe von Falluntersuchungen, etwa über die Republikaner, die FPÖ und den Front National.

## **These 2: Betz vernachlässigt die soziokulturellen Hintergründe des „populistischen Moments“**

Folgen wir den ursprünglichen Überlegungen von Goodwyn zum „populistischen Moment“, dann gilt es herauszuarbeiten, worin die nachhaltige kollektive Verunsicherung der Wähler und Anhänger der rechtspopulistischen Parteien besteht. Es versteht sich von selbst, dass Betz dies im Rahmen eines schmalen Aufsatzes nicht umfassend leisten kann, aber es fehlt der Ansatzpunkt: Von Rechtspopulismus – als politischer Taktik! – zu reden ergibt nur Sinn, wenn die Konturen des historisch-politischen populistischen Moments wenigstens in Ansätzen verdeutlicht werden. Goodwyn hatte einen solchen historischen Moment gesehen, als die amerikanischen Kleinbauern sich im 19. Jahrhundert bedroht fühlten von der Erschließung des Kontinents durch die Eisenbahn und das Finanzkapital, als sie ihre Lebensform infrage stellen mussten und dadurch empfänglich wurden für radikale Demagogen. Ein solcher Ansatz für Europa heute könnte in der Globalisierung liegen, im Tempo der Modernisierung, in der Tertiarisierung der Lebensformen und neuen Konkurrenzsituationen.

Betz gibt keine Antworten auf die Frage, warum sich populistische Techniken am rechten europäischen Rand entwickeln. Er stellt fest, dass es sie gibt. Anstatt nach dem „populistischen Moment“ in der Tradition Goodwyns zu fragen, woraus sich plausible Antworten ableiten ließen, kommt er zu der irreführenden These einer neuen inhaltlichen Qualität des Rechtsextremismus. Diese These ist aus den angeführten Gründen nicht haltbar und führt in die falsche Richtung.



## **II. Extremismus der Mitte**

**Mit welchen Diskursen geht die Rechte in die Mitte?**



# Die neue radikale Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien<sup>1</sup>

Von Wolfgang Gessenharter

Versteht man unter „Neue radikale Rechte“ eine Bewegung, die im ideologischen Rechtsaußen-Bereich in vielfältigen Erscheinungsformen auftritt, z.B. als Parteien wie „Die Republikaner“, DVU oder NPD, des weiteren als subkulturelle Milieus wie Skinheads oder die Neonaziszene und schließlich als ideologische Bewegungseliten wie intellektuelle Zirkel oder Publikationsorgane, dann wird man nicht bei allen genannten Erscheinungsformen dasselbe Ausmaß an öffentlicher Unterstützung vorfinden. Während die genannten Parteien und Milieus wenig öffentlichen Zuspruch erfahren, sondern zumeist sogar gesellschaftlich und politisch geächtet werden, ist im Bereich rechter ideologischer Eliten die Situation sehr viel differenzierter: Manche Personen, Zirkel und Publikationsorgane sind dauerhaft fern aller öffentlichen Aufmerksamkeit, andere wiederum stehen durchaus im Licht öffentlichen Interesses, dessen Intensität im Zeitverlauf variieren kann. Dieser Neuen Rechten als Teil der Neuen radikalen Rechten gilt im folgenden die Aufmerksamkeit.

Es ist schon seit langem beobachtet worden, dass es im Bereich der rechten (ideologischen) Eliten keine einheitliche Linie gibt. Trotzdem lässt sich aus der Vielzahl rechter Ideologieangebote eine breiter angelegte Ideologieströmung herauschälen, die erstens bestimmte Inhalte, zweitens eine bestimmte Strategie und drittens eine dazu passende Taktik aufweist. Diese Ideologieströmung verschreibt sich im wesentlichen der konservativen Revolution der Weimarer Republik und hier insbesondere einem ihrer Wortführer, Carl Schmitt. Inhaltlich bedeutet dies, dass im Gegensatz zu Art. 1 GG, der im Spannungsfeld zwischen Individuum und Kollektiv ersteres mit eindeutiger Priorität versieht, bei Carl Schmitt das Kollektiv die zentrale Rolle spielt.<sup>2</sup> Seit ihrer Entstehung Anfang der siebziger Jahre hat diese Ideologierichtung immer auch in strategischer Absicht den Anschluss an die etablierten konservativen Eliten gesucht und als langfristiges Ziel die Erringung der „kulturellen Hegemonie“ ausgegeben, der dann – nach der Vorstellung des italienischen Linkstheoretikers Antonio Gramsci – die „politische Hegemonie“ umso leichter folgen werde. Da eine direkte Frontstellung gegen das Grundgesetz und seine Art. 1 und 20 den Sanktionen der „streitbaren Demokratie“ zum Opfer fiel bzw. fallen

1 Mit freundlicher Genehmigung des Verlags und des Autors übernommen aus Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hrsg.): Rechte Netzwerke – die neue Gefahr, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 17-25, Fußnoten leicht gekürzt.

2 Vgl. Greß, F./Jaschke, H.-G./Schönekas, K.: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. Opladen 1990, insbes. S. 258-262; Gessenharter, Wolfgang: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994; ders.: Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen Radikalen Rechten. In: Grumke, Th./Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen 2002, S. 189-201, wo ich insgesamt acht zentrale Themen für diese Strömungen herausarbeite: Antiuniversalismus, Absage an NS-Ideologie, Verhältnis Kollektiv/Individuum, Freund-Feind-Denken, Ethnopluralismus, Homogenitätserzwingung und Aussonderung des Heterogenen, autoritärer Etatismus, elitärer „Verismus“.

müsste, wird bewusst eine Taktik praktiziert, die von dem Neurechten Karlheinz Weißmann als „politische Mimikry“ (Verstellungskunst, Anpassungsverhalten) bezeichnet wird: Wichtig sei, bei der Beurteilung einer Situation zu lernen, „ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist“. Schon 1973 hatte der ehemalige persönliche Pressereferent von Goebbels, Wilfried von Oven, seinen rechtsextremen Freunden öffentlich geraten: „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen‘ passen ... Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben.“ Dann gibt er ein Beispiel: „In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‚die sollen doch heimgehen‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welche Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben.‘ ... Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Hörer wird aber grundverschieden sein.“

Die hier über Inhalt, Strategie und Taktik knapp skizzierte Strömung hat sich im Verlauf der letzten dreißig Jahre als diejenige herausgestellt, die in Richtung der gesellschaftlichen Mitte mit Abstand die einflussreichste des rechten Lagers gewesen ist. Gleichzeitig wirkt sie aber auch in den extremen Bereich der Gesamtbewegung Neue radikale Rechte. Ich habe sie an anderer Stelle deshalb als „Scharnier“ zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus bezeichnet. Dieser intellektuellen Neuen Rechten (NR) als Teil der Neuen radikalen Rechten gilt im folgenden die Aufmerksamkeit.

Weißmann hat ihre Ziele im mittlerweile wichtigsten neurechten Organ, der *Jungen Freiheit* (Nr. 36/01 v. 31. 8. 01, S.6) so formuliert: „Uns geht es um geistigen Einfluss, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser.“ Was Weißmann hier fordert, könnte als überzogenes Ziel apostrophiert werden, insbesondere wenn man es vergleicht mit dem massiven Einfluss, den derzeit die christliche Rechte auf Person und Administration des US-Präsidenten George W. Bush gewonnen hat.<sup>3</sup> So weit ist die NR in Deutschland längst nicht. Aber der Fall des im November 2003 aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossenen Abgeordneten Martin Hohmann zeigt, dass sie mittlerweile auch in politischen und gesellschaftlichen Feldern der Mitte angekommen ist.

Diese „Erosion der Abgrenzung“ zwischen dem Konservativismus der Mitte und der Neuen Rechten, die auch der Verfassungsschutz seit einigen Jahren in seinen Berichten beklagt, wird im folgenden über die vier Hauptwege dargestellt, die sich während der letzten drei Jahrzehnte in bemerkenswerter Kontinuität beobachten ließen.

Der 1. Weg besteht darin, dass bekannte öffentliche Persönlichkeiten, insbesondere aus Politik, aber auch aus Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur, sich in neurechten Netzwerken engagieren oder sich durch ihre Zustimmung instrumentalisieren lassen. Damit werden diese Netzwerke quasi hoffähig.

3 Vgl. Minkenberg, Michael: Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 46/2003, S. 23-32.

Der 2. Weg besteht darin, dass Akteure der neurechten Bewegungseliten von sich aus auf Mitglieder der konservativen Eliten zugehen und von diesen in die „Mitte der Gesellschaft“ aufgenommen werden.

Während es sich bei diesen beiden Wegen um eine eher direkte Unterstützung der Neuen Rechten handelt, sind die beiden folgenden Wege eher indirekter Natur.

Der 3. Weg besteht darin, dass neurechtes Gedankengut in den aktuellen politischen Diskurs übernommen wird, manchmal vielleicht sogar, ohne dass sich die Protagonisten über dessen Herkunft im klaren sind. Eng damit verbunden ist

der 4. Weg, der darin besteht, dass sich Mitglieder der konservativen Eliten bewusst dem rechten Rand zuwenden und dessen Losungen aufnehmen, um dort Zustimmung bzw. Wahlstimmen zu ergattern. Diese rechtspopulistische Art, die damit Rechtsaußen-Argumente verstärkt, ist auch weiten Teilen der Boulevardpresse zu eigen.

**Der 1. Weg:** Nicht erst seitdem das Flaggschiff der Neuen Rechten, die *Junge Freiheit* (*JF*), mit einer Mischung aus rechter Provokation und Biederbürgerlichkeit den deutschen Konservatismus aufmischen will, dabei aber keine Zweifel daran lässt, dass Carl Schmitt im Zentrum ihrer politischen Koordinaten steht, kann man immer wieder beobachten, wie ahnungslos sich manche vor einen Karren spannen lassen, den sie bei Licht besehen wohl eher meiden müssten. Sieht man sich beispielsweise die Liste derer an, die sich auf ein ganzseitiges Interview in dieser Wochenzeitung einlassen, findet man dort mittlerweile nicht nur Vertreter fast aller Parteien, wie z.B. Jörg Schönbohm/CDU, Lorenz Meyer/CDU, Peter Gauweiler/CSU, Christoph Zöpel/SPD, Alfred Gusenbauer/SPÖ, Günter Rexrodt/FDP, Hermann Otto Solms/FDP. Auch aus anderen Bereichen gibt es prominente Leute, z.B. Franz Alt, Hermann Lübke, Elisabeth Noelle-Neumann, Hans Herbert von Arnim, Klaus Naumann, um nur einige zu nennen.

Natürlich macht es einen Unterschied, ob man ein einziges Mal ein Interview gibt oder ob man sich bewusst auf diese Zeitung einlässt, wie beispielsweise der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl oder der ehemalige MdB der CDU Martin Hohmann. Letzterer war schon jahrelang aktiv in gesellschaftlichen Gruppen, die personell eng an die *JF* anschlossen, wie z.B. die „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft“ oder die bislang als Unterorganisation des „Bundes der Selbständigen“ firmierende Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“. Seit einigen Jahren etabliert sich das von Neurechten gegründete „Institut für Staatspolitik“, dem man auf Dauer wohl eine ähnliche Klientel voraussagen kann. Schon früher gab es ähnliche Entwicklungen, denkt man nur an das sogenannte Heidelberger Manifest aus dem Jahr 1981, einer – damals allerdings noch zum Skandal erreichenden – Denkschrift einer Reihe zum Teil bekannter Professoren deutscher Hochschulen zur Einwanderungsproblematik und zur Forderung nach Homogenität für Deutschland, das von einer kleinen rechtsextremen Organisation, dem Thule-Seminar in Kassel, in einem rechtsextremen Verlag initiiert und propagiert wurde. Von Mitte der achtziger bis in die neunziger Jahre wirkte in ähnlicher Weise das damals in Deutschland drittgrößte Verlagsimperium von Herbert Fleissner, in dessen Verlagen neurechte und konservative Autoren oft ununterscheidbar nebeneinander Themen bearbeiteten. Wenngleich die damals enge Verbindung zum Axel-Springer-Verlag mittlerweile gekappt ist, unterstützt das CSU-Mitglied Fleissner

auch heute noch – laut *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 11. 03 – neben konservativen auch eindeutig rechtsextreme Autoren. Als letztes Beispiel sei noch auf den in der *FAZ* veröffentlichten Appell „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“ vom 7. 4. 1995 hingewiesen, wo die durchaus im neurechten Bereich anzusiedelnden Initiatoren Rainer Röhl, Ulrich Schacht, Heimo Schwilk, Rainer Zitelmann unter den Erstunterzeichnern sind, die neben Neurechten und Rechtsextremen auch Personen aus fast allen politischen Parteien und konservativen gesellschaftlichen Lagern rekrutieren konnten. Schon vorher hatten zwei der Initiatoren, Schacht und Schwilk, einen viel diskutierten Sammelband herausgegeben, in dem sie von neurechts bis konservativ viele Autoren vereinen konnten.

Der 2. Weg zeigt sich ebenfalls schon in den siebziger Jahren und intensiviert sich in den Folgejahren. Der Erfolg der im katholischen Herder-Verlag Freiburg i. Br. von dem damals im deutschen Konservativismus als *enfant terrible* auftretenden Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebenen Taschenbuchreihe „Herderbücherei INITIATIVE“ kann als beispielhaft für diese Entwicklung angesehen werden. Kaltenbrunner, ganz auf den Spuren Carl Schmitts, veröffentlicht unter den 75 Bänden auch Publikationen neurechter Autoren, flankiert von Konservativen (Gessenharter 1994, 96 ff). Kurz nachdem er 1986 im Beisein von viel Prominenz aus CDU und CSU den Konrad-Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung erhalten hatte, schrieb er in einem programmatischen Aufsatz der Bundesrepublik ins Stammbuch, sie solle sich endlich ein Vorbild am autoritären altgriechischen Sparta mit seiner „potenten Staatlichkeit“ sowie an seinem „Patriotismus bis zum totalen Selbstopfer“ (a.a.O., III f.) nehmen. Als weitere Beispiele für die siebziger und achtziger Jahre seien Armin Mohler und Bernard Willms, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bochum, erwähnt. Ersterer verstand es, als Geschäftsführer der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung von 1964 bis 1985 aus ihr „die vielleicht wichtigste Einrichtung“ im Bereich der Vernetzung neurechter und konservativer politischer und wirtschaftlicher Eliten zu machen.<sup>4</sup> Willms war bis zu seinem Tod Anfang der neunziger Jahre ein Wanderer zwischen rechtsextremen Parteien wie der NPD und den bekanntesten Kreisen konservativer Intellektueller und Hochschullehrer. Ein erhellendes Beispiel aus jüngerer Zeit stellt der Mitbegründer des „Instituts für Staatspolitik“, Historiker und Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann dar, ein Verfechter Carl Schmittscher Gedanken, der im konservativen Studienzentrum Weikersheim ebenso seine Gedanken ausbreiten kann wie zeitweilig in Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung oder in konservativen Tageszeitungen wie *Die Welt* oder *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Die Bedeutung rechtslastiger Burschenschaften wegen ihrer Ausstrahlung in wichtige Kreise konservativer Eliten sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Erinnerung sei auch an den schon erwähnten Arbeitskreis „Stimme der Mehrheit“ und seinen Förderkreis, der im einflussreichen Wirtschaftsverband „Bund der Selbständigen“ über dessen Landesverband NRW bislang intensiv für neurechtes Gedankengut werben darf.

4 so Kratz, P., zit. in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin 1996, S.174.

**Der 3. Weg:** Diese vielfältigen schon über viele Jahre hinweg andauernden Vernetzungen, die hier nur sehr lückenhaft geschildert werden konnten, können verständlich machen, dass manche einschlägigen politischen Diskurse schon seit langem mit typisch neurechtem Gedankengut durchsetzt sind. Es geht um Diskurse, die insbesondere mit den in neurechten Kreisen prominenten Themen wie Asyl-, Zuwanderungs-, Kriminalitäts-, Sicherheits- und Identitätspolitik befasst sind. So bedurfte es 1992 schon der entschiedenen Einlassung eines Richters am Bundesverfassungsgericht, um die damalige christlich-liberale Regierung Kohl, aber mit ihr möglicherweise auch die SPD-Opposition, daran zu hindern, die Rechtswegegarantie nach Art. 19,4 GG für Asylbewerber zu kippen und damit den Art. 1 GG auf einen von den Neurechten schon immer angestrebten bloß noch symbolischen Wert zu reduzieren (Gessenharter 1994, 247 f.). *Die Zeit* titelte vor einiger Zeit (Nr.49 vom 27. 11. 03, S. 10): „Im Abschieberausch“. Darin befindet sich die Hamburger Ausländerbehörde, die – im Zuständigkeitsbereich eines Senators der Schill-Partei – nach einem mittlerweile klein verästelten Gesetzeswerk („streng nach den Buchstaben des Gesetzes“) minderjährige Kinder von ihren in Deutschland legal lebenden Eltern trenne, damit sie in ihrem „Herkunftsland“, in dem sie niemanden (mehr) kennen, in einem Waisenhaus untergebracht, auf ihr Visum warten können. Die Vorstellung von einer möglichst homogenen deutschen Nation und das Festklammern an der historisch kontrafaktischen Feststellung, Deutschland sei „kein Einwanderungsland“, ist spätestens seit dem Heidelberger Manifest zum Gemeingut bei den meisten Konservativen geworden. Der damalige Staatssekretär des Innern Eduard Lintner von der CSU nahm diese Stimmung 1997 auf und befand: „Da werden wir erstickt (sic!) vor lauter Flüchtlingen und Asylbewerbern, und das kann man wieder der deutschen Bevölkerung nicht zumuten“ (zit. in *Frankfurter Rundschau* vom 21. 10. 1997). Die Kriminalitäts- und Sicherheitspolitik der neunziger Jahre mit ihren eher auf Stimmungen denn auf Argumenten beruhenden Verschärfungen ließen selbst einen hohen Richter wie den Präsidenten am Bundesgerichtshof bei der regierungsamtlichen Befürwortung des Lauschangriffs von einem „weiteren Stein in einem Puzzle der Umwertung der Grundrechte“ sprechen (*Süddeutsche Zeitung* vom 15. 1. 1998). In der zwischen rotgrüner Regierung und konservativer Opposition festgefahrenen Diskussion um eine gesetzliche Regelung von Zuwanderung kann sich offenbar letztere trotz der mahnenden Stimmen aus Wirtschaftskreisen, Kirchen und anderen Gruppen, einem u.a. auch von liberalen Konservativen erarbeiteten Kompromiss zuzustimmen, nicht von ihren Konzepten lösen. Offenbar befürchtet sie Stimmenverluste an diejenigen, die für neurechte Lösungen votieren.

**Der 4. Weg** besteht schließlich darin, dass Politiker und insbesondere die Boulevardpresse, wie etwa die *Bild*-Zeitung, sich an einer Öffentlichkeit orientieren und diese dann bedienen, von der sie ein ganz bestimmtes Bild haben: Öffentlichkeit als Inkarnation des „kleinen Mannes“. Er trägt die Züge des neurechten Menschenbilds: Der Mensch ist von Natur aus schlecht, ist misstrauisch gegenüber allem Fremden und nur den eigenen Interessen und der eigenen Gruppe verpflichtet; er fordert eine staatliche Gewalt, die „Gesetz und Ordnung“ gegenüber allen durchsetzt, die von (seiner) Norm abweichen. Sich selbst zählt er zur schweigenden Mehrheit, die nur deshalb nicht zum Zuge komme, weil verantwortungslose Cliques mit Volksfein-

den zusammenarbeiten und eine öffentliche Zensur im Sinne der political correctness ausüben; er ist antiintellektuell, misstraut der Vernunft, ist vielmehr auf Führungsfiguren fixiert, die Leuten wie ihm „aufs Maul schauen“. Der Populismus eines Jörg Haider ist ein Vorbild, Ronald Schill ein anderes. Inwieweit Roland Koch mit seinen populistischen Aktionen gegen die rotgrüne Zuwanderungspolitik seinen Wahlsieg auf Kosten der rechten Parteien errang oder doch eher Wasser auf die neurechten Mühlen goss, ist nicht abschließend zu klären. Dass er jedoch zu einem der Lieblinge der neurechten Medien wurde und diese ihn als einen Unterstützer ihrer eigenen originären Ziele feierten, darf nicht verwundern. Wie nahe offenbar die Verführung liegt, sich eines rechten Populismus zu bedienen, verrät auch die Aktion der CDU in NRW mit dem Motto „Kinder statt Inder“, die allerdings nicht lange durchgehalten wurde. Offenbar wurde die problematische Seite im Laufe der Zeit höher bewertet als der mögliche Wahlertrag.

Am Fall des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann im November 2003 kann noch einmal exemplarisch gezeigt werden, wie weit es der Neuen Rechten inzwischen gelungen ist, bis ins Herz des politischen und gesellschaftlichen Konservatismus der Bundesrepublik vorzudringen. Schon ein Jahr vor der Übernahme eines Bundestagsmandats für die CDU 1998 wird Hohmann in einem Porträt der *Jungen Freiheit* als Hoffnungsträger vorgestellt. Mit den bereits damals bekannten Führungsfiguren der Neuen Rechten, u.a. Weißmann, Knütter, Röhl, ist er Mitgründer der „Stimme der Mehrheit“. In der Folgezeit äußert er sich immer wieder in einschlägigen Organen wie der *JF* oder dem *Ostpreußenblatt*. Mit seiner Skandalrede zum 3. 10. 03 befindet er sich ganz auf neurechter Linie, sogar ungeschützt als es politische Mimikry empfiehlt. In Übereinstimmung mit der „schweigenden Mehrheit“ der Deutschen fordert er „Gerechtigkeit für Deutschland“ und meint, dass er „leider den Verdacht, dass man als Deutscher in Deutschland keine Vorzugsbehandlung genießt, nicht entkräften“ könne. Weiter heißt es: „Der eigene Staat muss in erster Linie für die eigenen Staatsbürger da sein. Wenn schon eine Bevorzugung der Deutschen als nicht möglich oder nicht opportun erscheint, dann erbitte ich wenigstens Gleichbehandlung von Ausländern und Deutschen.“ Selten ist mit dem Anspruch, die gesellschaftliche „Mitte“ zu vertreten, ungeschminkter die bindende Vorschrift des Gleichheitsartikels 3 des Grundgesetzes zur Bedeutungslosigkeit verdammt worden: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Hohmann reduziert Art. 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ auf die Unantastbarkeit der „Würde des Deutschen“. Seine antisemitischen Äußerungen im selben Redetext belegen seine politisch neurechte Weltanschauung: Für ihn hat das deutschstämmige Kollektiv absolute Priorität; es werde von bestimmten Minderheiten in seiner Identität bedroht, wobei neben „Sozialschmarotzern“ besonders diejenigen ins Visier geraten, die die deutsche Geschichte gegen die Deutschen instrumentalisieren. Hohmanns verquere Argumentation<sup>5</sup>, wenn man die Juden schon nicht „Tätervolk“ nennen könne, obwohl es „mit einiger Berechtigung“ möglich wäre, dass man die Deutschen ebenfalls nicht so bezeichnen dürfe, lenkt den Blick bei der Bedrohungsanalyse schamlos auf die Juden. Dabei werden diese nicht als eine religiös-kulturelle Gruppe der Bevölkerung, sondern als

5 Vgl. dazu die differenzierte Analyse von Wolfgang Benz in *Süddeutsche Zeitung* vom 11. 11. 03

eigene Ethnie, als Volk oder Rasse gesehen. Im Leitartikel der *Jungen Freiheit* vom 7. 11. 03 zum „Fall Hohmann“ wird die Analyse abgerundet: „Wo es um Fragen der deutschen Geschichte geht, treten Journalisten und Politiker zum unsichtbaren Befehlsempfang an. Danach setzen sie die Skandalisierung in Gang.“ Es wird zwar nicht direkt gesagt, dass es Juden sind, die den Befehl ausgeben, aber das zitierte Beispiel Martin Walser genügt für den durchschnittlich gebildeten Menschen, um auch ohne Erwähnung von Ignaz Bubis auf die vermeintliche Macht der Juden über die Deutschen anzuspielen.

Eine an den Grundwerten der Verfassung orientierte konservative Partei wie die CDU hatte keine andere Wahl, als einen eindeutigen Schnitt zu Hohmann und seinem Umfeld zu vollziehen. Eine öffentliche Debatte darüber, was Deutschland normativ zusammenhalten soll, ist längst überfällig. Dabei wird eine scharfe Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten nötig sein, die längst Positionen eines am Grundgesetz orientierten Selbstverständnisses aufgeweicht hat. Es wird Zeit, dass die hier wiederholt angesprochene Naivität konservativer Eliten in Deutschland im Umgang mit den neurechten Eliten der Erkenntnis weicht, dass deren Vision von Deutschland in keiner Weise mit einem an den zentralen Normen des Grundgesetzes orientierten Zukunftsbild harmonisiert werden kann. Die vielen Solidaritätsbekundungen gegenüber Hohmann aus allen Kreisen der Bevölkerung bis in die Kirchen und in die Generalität der Bundeswehr hinein sollten zu denken geben.

# Formen und Methoden des Rechtsextremismus

Von Claudia Schmid

Bei verfassungsfeindlichen Bestrebungen darf der Verfassungsschutz tätig werden, wenn also Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Organisationen, Personenzusammenschlüsse oder unorganisierte Gruppen das Ziel haben, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Kraft zu setzen. Bei Gefährdungsbewertungen greifen wir auch auf Untersuchungen der Wissenschaft zurück wie Umfragen oder auch Einstellungsuntersuchungen. Der Verfassungsschutz selbst darf aber fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung oder Meinungsäußerungen Einzelner nicht erheben. Einstellungen von Bürgern sind kein Thema für den Verfassungsschutz. Mit den Einstellungen muss sich die Gesellschaft auseinandersetzen.

Welche Risikofelder beobachten wir? Es gibt zum einen den „aktionsorientierten“ Rechtsextremismus. Sein Ziel ist die Machtausübung im öffentlichen Raum, insbesondere auf öffentlichem Straßenland. Dazu zählen die Kameradschaften, Skinheads und sonstige subkulturelle Gruppen, die den Kampf um die Straße verfolgen. Wir differenzieren in Berlin nicht mehr zwischen Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads, weil die Unterscheidung nach der Haartracht, ob Glatze oder Scheitel, irrelevant ist, wenn man das Risikofeld bewertet. Entscheidend ist, welche Aktivitäten sie entwickeln. Für die Analyse kommt es nicht auf das äußere Erscheinungsbild, sondern auf den Grad der ideologischen Festigung und der Gewaltbereitschaft an. Das zweite Risikofeld ist der „parlamentsorientierte“ Rechtsextremismus: Hierzu zählen insbesondere die rechtsextremistischen Parteien DVU, NPD, REP und DP. Ihr Ziel ist die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum und auf den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess unter Beachtung demokratischer Regeln. Das dritte Risikofeld ist der „diskursorientierte“ Rechtsextremismus. Von ihm geht die Gefahr der Erlangung von Einfluss im diskursiven öffentlichen Raum aus, indem er versucht, rechtsextremistische Themen in den gesellschaftlichen Diskurs einzuspeisen und salonfähig zu machen. Dazu gehört auch die sogenannte „Neue Rechte“, bei der sich der Verfassungsschutz an seinen gesetzlichen Auftrag halten muss und keine Meinungsäußerungen Einzelner registrieren darf. Die Diskussion um den „Extremismus der Mitte“ berührt auch das Thema „diskursorientierter“ Rechtsextremismus, erfasst aber einen darüber hinaus gehenden gesellschaftlichen Diskurs.

Mein Beitrag beschränkt sich auf die Erfolgsbedingungen für den Rechtsextremismus bei gesellschaftlichen Debatten. Welche gesellschaftlichen Debatten greifen Rechtsextremisten auf und mit welchem Erfolg?

Ein Beispiel ist die Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre, die zum Teil sehr populistisch geführt wurde und ein Kernpunkt rechtsextremistischer Propaganda ist. Rechtsextremisten jeglicher Prägung fühlten sich dem gesellschaftlichen Konsens näher denn je – „Die reden, wir handeln!“. Gewalttätige Rechtsextremisten empfanden sich als Vollstrecker einer schweigenden Bevölkerungsmehrheit. Es kam zu Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und 1993 zum Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie in Solingen, bei dem fünf Menschen starben.

Man muss sich natürlich auch über Ausländerpolitik politisch auseinandersetzen

können. Eine offene pointierte Diskussion ist wichtig, ethnonationale Töne sollte man bei solchen Debatten vermeiden. Das „Wie“ der Debatte ist von erheblicher Bedeutung.

Der Irak-Krieg gilt als ein Beispiel für den erfolglosen Versuch des Rechtsextremismus, eine Debatte aufzugreifen. Der rechtsextremistischen Szene gelang es kaum, ihre rege Publizistik zum Irak-Krieg in eigene öffentlichkeitswirksame Aktionen umzusetzen.

Ein weiteres Thema ist „Hartz IV“, die Sozialdebatte: Insbesondere durch Beteiligung an den so genannten Montagsdemonstrationen wollten Rechtsextremisten von der Debatte profitieren, was in Berlin nicht gelang. Die Leute wurden quasi rausgeprügelt aus den Demonstrationen, wenn sie offen für rechtsextremistische Organisationen auftraten. Im Ostteil unserer Republik sah das teilweise anders aus. Dort dominierten die Rechtsextremisten bisweilen Demonstrationen und konnten mit diesem Thema eine relativ hohe Mobilisierung erreichen.

Auch beim Erfolg der NPD bei der sächsischen Landtagswahl 2004 spielten die Themen „Hartz IV“ und Sozialreformen eine wichtige Rolle. Gesellschaftliche Debatten – wie die genannten Beispiele zeigen – konnten von Rechtsextremisten teilweise erfolgreich genutzt werden. Als „Erfolg“ definiere ich, wenn es rechtsextremistischen Gruppierungen gelang, durch das Aufgreifen von gesellschaftlichen Debatten Aufmerksamkeit zu erregen und in den Medien-Mainstream zu kommen, wenn sie Anerkennung erreichten und eventuell sogar Zulauf hatten. Analytisch gesehen waren die Positionen der Rechtsextremisten anschlussfähig und ein Aufgreifen erfolgreich, wenn sie an gesamtgesellschaftlich laufenden Diskussionen anschließen konnten, wenn es eine Skandalisierung oder Proteststimmung gab, an welcher sie ansetzen konnten, Beispiel: Sozialproteste und „Hartz IV“ insbesondere im Ostteil der Republik.

Eine weitere Voraussetzung ist ein Einfügen in bestehende rechtsextremistische Argumentationsmuster. Beim Thema Sozialproteste kann die NPD auf ein Argumentationsmuster zurückgreifen, das auf Fremdenfeindlichkeit und Alimentierungsfantasien basiert, was an Parolen wie „Sozialismus nur für Deutsche“ deutlich wird. Die NPD greift darüber hinaus in den neuen Bundesländern ein enttäuschtes „Wir-Gefühl“ auf, wie es Robin Alexander zutreffend in der *taz* bezeichnet hat. Hier wird „Hartz IV“ von vielen als endgültiger Bruch des Wiedervereinigungsversprechens empfunden. Die PDS kann dieses Gefühl nicht mehr vollständig aufgreifen, da sie als Regierungspartei in zwei Bundesländern Kürzungen im Sozialbereich umsetzen muss.

Weitere Voraussetzungen für das erfolgreiche Aufgreifen von Themen durch Rechtsextremisten sind einfachste Lösungen und eine Konsistenz rechtsextremistischer Argumentationsmuster. Daran fehlte es beim Thema Irak-Krieg. Das hat nicht funktioniert, da die Menschen es Rechtsextremisten nicht abnehmen, wenn sie sich als Friedensapostel aufführen.

Anders ist es bei sozialen Themen, die gut in rechtsextremistische Argumentationsmuster und Ideologien passen wie die Forderungen nach einer „Volksgemeinschaft“ und „Arbeitsplätzen zuerst für Deutsche“.

Daraus leiten sich folgende Thesen ab: Wesentlich sind die Themenwahl und die Form der Vermittlung und Präsentation. Zum einen scheint es so zu sein, dass die Themen möglichst aktuell sind, wie beim Thema Sozialreformen, wenn Unzufrie-

denheit und Zukunftsängste angesprochen werden. Das funktioniert auch mit der Aufnahme von Politik-, Parteien- und Systemverdrossenheit.

Vergangenheitsbezogene Themen wie Hitler und die NS-Zeit halte ich für wenig erfolgversprechend, wenn Rechtsextremisten in den politischen Mainstream und dort auch Wählerschichten erschließen wollen. Das gilt auch für Themen wie den Geschichts- und Gebietsrevisionismus, der allenfalls Aufmerksamkeit in rechts-extremistischen Printmedien findet. Anders ist das bei Sozialthemen und der Ausländerpolitik. Das sind aktuelle Themen, die sich mit der Ideologie der Rechtsextremisten verbinden lassen und die Menschen ansprechen können. Eine Besonderheit ist ein Thema, das nur scheinbar rückwärts gewandt ist: die NPD-Demonstration am 8. Mai mit dem Motto „Schluss mit dem Schuldult“. Hier werden bewusst Bedürfnisse nach einem Schlußstrich und der Wunsch nach moralischer Entlastung – wie sie in Umfragen regelmäßig zum Ausdruck kommen – angesprochen.

Weitere wichtige Faktoren sind Vermittlung und Präsentation der Inhalte: Aus Berliner Sicht können wir sagen, dass es besonders im „aktionsorientierten“ Rechtsextremismus, im Kameradschaftsbereich, erfolgversprechend ist, wenn rechtsextremistische Gruppierungen jugendgerecht, erlebnisorientiert und modern vorgehen. Wenn zum Beispiel bei Demonstrationen auch mal englischsprachige Schläger gespielt werden oder linksextremistische Aktionsformen wie der „Schwarze Block“ und symbolische Hausbesetzungen übernommen werden. Das kommt bei Jugendlichen an. Dazu gehört auch, dass sich Kameradschaften um jugendpolitische Belange kümmern, ein Jugendzentrum fordern und sich als die besseren Sozialarbeiter im Kiez aufspielen wie in Treptow-Köpenick. Nähe und Alltagspräsenz sind wichtige Faktoren: Es wird versucht, im Alltag möglichst präsent zu sein durch das Aufgreifen sozialer Probleme. Damit soll die Normalität von Rechtsextremismus im Alltag signalisiert werden und die Gewöhnung an eine rechtsextremistische Jugendkultur erreicht werden. Eine wichtige Rolle spielt die Art der Präsentation, das selbstbewusste Auftreten bei Demonstrationen oder auch Wortergreifungsstrategien, wie wir sie in Berlin bei Veranstaltungen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen erlebt haben.

Eine Frage stellt sich, die ich noch nicht abschließend beantworten konnte: Liegt es womöglich an einem Generationenwechsel, dass es dem „aktionsorientierten“ und Teilen des „parlamentsorientierten“ Rechtsextremismus gelingt, den Mainstream anzusprechen und Anhänger sowie neue Wählerschichten zu gewinnen?

In Berlin ist der „aktionsorientierte“ Rechtsextremismus Vorreiter, indem er im Kameradschaftsbereich mit neuartigen Aktionsformen und einem veränderten Erscheinungsbild – also mit anderer Verpackung, aber gleichem Inhalt – Jugendliche anspricht. Allerdings gibt es darüber intern auch Auseinandersetzungen, die bis hin zu einer ideologischen Spaltung der Neonazi-Szene führen könnten.

Der Streitpunkt wird dabei sein, inwieweit eine politische Strategie um der öffentlichen Aufmerksamkeit willen angewandt werden kann, wenn sie dem eigenen Weltbild zuwiderläuft. Letztlich könnte dies Ausdruck eines sich anbahnenden Generationenkonflikts im Bereich des „aktionsorientierten“ Rechtsextremismus sein.

Herr Betz wies darauf hin, dass es bei rechtspopulistischen und -extremistischen Parteien Proletarisierungstendenzen gebe. Wenn man sich die Ergebnisse in Sachsen ansieht, kann man das sicherlich in bezug auf die Wählerschaft bestätigen. Bei der NPD selbst lässt sich eine andere Entwicklung beobachten. Es gibt mittler-

weile einen professionalisierten Funktionärstypus, den es so vorher nicht gab: Selbstbewusster, intellektueller und besser geschult. In Sachsen treten zudem anerkannte Honoratioren für die NPD wählerwirksam auf.

Was kann man gegen Rechtsextremismus machen? Man kann nicht von *dem* Rechtsextremismus sprechen, sondern muss je nach Risikofeld unterscheiden und entsprechend differenziert vorgehen. Eine Studie des Berliner Verfassungsschutzes bezüglich rechter Gewalt hat ergeben, dass es sich in den meisten Fällen um Jugendgruppengewalt handelt, und die Täter ideologisch in der Regel nicht gefestigt sind. Hier sind ähnliche Maßnahmen wie bei anderen Formen der Jugendgruppengewalt zu ergreifen. Neben der konsequenten Verfolgung der Straftaten ist Sozial- und Jugendarbeit von Bedeutung. Beim „parlaments- und diskursorientierten“ Rechtsextremismus muss man sich auf die Diskussion einlassen – aber gut vorbereitet. Ein missglücktes Beispiel stellt für mich eine Fernsehdiskussion zwischen Herrn Glotz und Herrn Voigt, dem Vorsitzenden der NPD, dar. Bei Diskussionen mit Rechtsextremisten muss man auch angreifen und deren Argumente entlarven. Bei den ideologisch gefestigten „aktionsorientierten“ Rechtsextremisten, die versuchen, eine rechtsextremistische Jugendkultur zu etablieren und nicht nur durch verbale Angriffe auf den politischen Gegner ein Klima der Angst und Einschüchterung erzeugen, muss man klare Grenzen setzen bis hin zu Verboten von Vereinigungen.

Was die Aufgaben des Verfassungsschutzes anbelangt, hat der Gesetzgeber – und das ist bei Bund und Ländern identisch – eine Beschränkung vorgesehen. Es gibt die klare Entscheidung des Gesetzgebers, dass bei Meinungsäußerungen Einzelner kein Eingriff des Staates erfolgen darf, selbst wenn es radikale Äußerungen sind, die man nicht mag, die man widerlich und abstoßend findet. Damit müssen wir uns gesellschaftspolitisch auseinandersetzen. In einer Demokratie gehört es dazu, dass Meinungen frei geäußert werden können. Der Staat muss eingreifen, wenn eine bestimmte Gefährdungsgrenze überschritten wird, etwa bei volksverhetzenden Äußerungen, die strafbar sind. Für den Verfassungsschutz ist der Aufgabenbereich erst eröffnet, wenn es sich um eine Gruppierung handelt, die zielgerichtet, vielleicht auch aktiv kämpferisch, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere wesentlichen Grundwerte aufheben möchte. Ansonsten hat sich der Staat herauszuhalten – und damit auch der Verfassungsschutz. Das spielt auch eine Rolle in bezug auf den sogenannten „intellektuellen“ Rechtsextremismus. Wir bezeichnen dieses Risikofeld als „diskursorientierten“ Rechtsextremismus. Dazu gehören in Berlin insbesondere Organisationen, die von Horst Mahler beherrscht werden. Wir beobachten diese Gruppen, bewerten das, was sie tun und informieren auch die Öffentlichkeit. Ich glaube, wir sind gut beraten, dass der Verfassungsschutz sich auf die Beobachtung derartiger Bestrebungen beschränkt und nicht als eine Art Meinungspolizei auftritt.

# Zum Umgang mit Rechtsextremismus im Parlament

Von Astrid Günther-Schmidt

Ich war von 1999 bis 2001 als Berufsschullehrerin in Zittau im Dreiländer-Eck Deutschland, Polen, Tschechien tätig. Die massive Präsenz von Rechtsextremisten an dieser Schule, insbesondere Mitglieder und Anhänger von Nazi-Kameradschaften, hat mich motiviert, Lehrerfortbildungen zum Thema Rechtsextremismus durchzuführen, um Argumentationshilfen gegen rechte Parolen zu geben. Die dortigen Erlebnisse bewirkten meinen Einstieg in die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus. Heute sitze ich als eine von sechs Grünen Abgeordneten im Sächsischen Landtag – und die Nazis mit zwölf. Die NPD hat bei den Landtagswahlen letztes Jahr weit über 9 Prozent der Stimmen erhalten. Die Nähe zur „Mitte“ in der Gesellschaft ist offensichtlich in Sachsen vorhanden, und es ist der NPD geglückt, dies in Wählerstimmen umzusetzen.

Wie gehen die demokratischen Parteien mit der Situation um? Erschreckend: Die Rechtsextremisten erhalten bei geheimen Abstimmungen regelmäßig mehr Stimmen als sie Abgeordnete haben. Jüngst wurde Frau Schüssler, die einzige Frau bei den Nazis, mit 17 Stimmen in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt. Dies war ernüchternd, zumal wir unter den demokratischen Fraktionen eine Vereinbarung haben, dass die Nazis sich allenfalls selber wählen, wenn sie einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch haben. Und wer sich nicht enthalten kann – in Anführungszeichen –, verlässt den Plenarsaal und stimmt nicht mit ab.

Im Umgang der Demokraten mit den Rechtsextremisten im Parlament können wir inzwischen auf drei Phasen zurückblicken.

In der ersten Phase gaben sich die meisten Abgeordneten sehr überrascht, erschrocken oder irritiert darüber, dass plötzlich so viele Rechtsextremisten im Parlament sitzen. Insbesondere auf Seiten der CDU war man nicht in der Lage zu erkennen, dass es sich hier tatsächlich um Menschen handelt, die Menschenrechte wahrnehmen, grundlegende Freiheits- und Bürgerrechte. Bei etlichen Vertretern der CDU gibt es kein „natürliches Abstandsbedürfnis“. Das hängt bestimmt auch damit zusammen, dass die CDU sich gern auf die Sichtweise zurückzieht, es handle sich bei den NPD-Wählern um Protestwähler, die schon wieder zur CDU zurückkehren werden oder zur nächsten Wahl ins Lager der Nichtwähler abwandern. Manche Frauen in der CDU scheinen mütterliche Gefühle für die jungen Rechtsextremisten zu empfinden und glauben, wenn man sich nett mit denen unterhält, kann man sie wieder in die demokratische Gesellschaft zurückführen.

Ich glaube nicht, dass die sächsischen NPD-Wähler vorwiegend Protestwähler sind.

Das Problem der CDU ist, dass sie die Nazis eigentlich nicht thematisieren will. Dort hat sich immer noch nicht herumgesprochen, dass Rechtsextremismus an sich das Problem ist, sondern dort versteift man sich gern darauf zu sagen: Der Ruf des Freistaates wird geschädigt, wenn die Leute wegen abstoßender Auftritte auf uns schauen. Das ist ein verfehelter Ansatz. Aber im Sinn dieses Ansatzes wurde ein 2-Millionen-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beschlossen. Der Freistaat Sachsen beteiligt sich erstmals finanziell. Mehr als ein Viertel dieser

Gelder, die für zwei Jahre zur Verfügung stehen sollen, ist für Öffentlichkeitsarbeit eingeplant wie für Plakatwände mit dem Motto: „Weltoffenes Sachsen“. Das zeigt, wohin die Reise geht.

In einer zweiten Phase raufte sich die demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag zusammen und trafen eine Vereinbarung, dass, wenn Rechtsextremisten im Parlament ausfällig werden, immer nur einer aus den demokratischen Fraktionen reagiert. Die Absicht war, die Nazis nicht durch ein Wettrennen um den Titel des besten Antirassisten aufzuwerten. Das klappte relativ gut. Cornelius Weiss von der SPD, der Alterspräsident, hat häufig gesprochen. Das war eine sehr schöne Sache.

Phase drei wurde am 23. April dieses Jahres auf dem Landesparteitag der CDU Sachsen eingeläutet. Milbradt, der dort seinen Status festigen musste – der neue Generalsekretär wurde gewählt –, hat sich auf ein schmales Brett zurückbewegt, indem er die PDS mit der NPD gleichsetzte. Das ist insofern problematisch, als natürlich die PDS darauf verschnupft reagierte und diesen Konsens, den man gefunden hat, in Frage stellt.

Ich halte diese Strategie der CDU für gefährlich. Natürlich will die CDU die eigene Klientel zufrieden stellen. Aber sie hat auf der Führungsebene immer noch nicht verstanden, dass man durch solche Bemerkungen den Rechtsextremismus verharmlost und dass man ihn möglicherweise in der Mitte der Gesellschaft hoffähig macht. Zwei Beispiele:

Zum einen halten CDU-Abgeordnete Reden, die ich für grenzwertig halte. Der Ausschussvorsitzende für Schule und Sport, ein junger Dresdner, hat zu Beginn der Legislaturperiode eine Rede mit den Worten beendet: Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Das muss man nicht machen. Und dann gibt es einen Bautzener CDU-Abgeordneten – Bautzen ist insofern interessant, als dort die Sorben leben, eine Minderheit –, der für die CDU zum Thema Antidiskriminierung sprach. Es war eine Zumutung, auch nur zuhören zu müssen: Es war eine reine Nazirede. Und tatsächlich, als die Nazis dann mit ihrem Redebeitrag an der Reihe waren, war deren Redner irritiert und meinte, er hätte dem eigentlich gar nichts hinzuzufügen, besser hätte er das auch nicht zusammenfassen können. Es zeigt sich also ganz deutlich, dass die CDU nicht erkannt hat, dass man sich eindeutig und unmissverständlich abgrenzen muss. Sie versucht immer noch, die „Rechtsaußen“-Themen für sich zu besetzen und erkennt nicht, dass sie das Problem verschärft, wenn sie versucht, die rechtsextreme Klientel als Wählerpotenzial wieder heranzuholen.

Ich denke, die sächsische CDU ist immer noch erschüttert von ihrer Wahlniederlage mit einem Minus von 16 Prozent. Die Suche nach Schuldigen und die interne Richtungsauseinandersetzung macht sich nun natürlich auch am Umgang mit der NPD fest. De Maizière, der Innenminister, nimmt eine ganz andere Position ein. Die Frage ist: Wer ist langfristig mehrheitsfähig?

Ich kann im Moment nicht erkennen, dass sich alle demokratischen Fraktionen deutlich abgrenzen zur NPD. Auch der FDP mangelt es viel zu häufig an Distanz, wenn sie sich bei bestimmten Anträgen nicht enthält, die von der NPD eingebracht werden. Wir als Grüne vertreten die Auffassung, dass man deutlich und nach außen wahrnehmbar nein sagen muss. Andere demokratische Fraktionen haben offenbar für sich beschlossen, das Thema selber zu besetzen. Aber auf diesem schmalen Grad zwischen erzkonservativ und rechtsextremistisch gleiten sie hin und wieder

einmal nach rechts ab. Das halte ich für ein Problem auch im Hinblick auf die Außenwirkung: Wie nimmt man in der Bevölkerung wahr, was im Parlament passiert? Jemand hat gesagt: Die NPD ist gewählt worden – und die anderen Parteien verändern sich. Die Frage ist natürlich, ob das die NPD-Wähler erfreut, dass die CDU nun die Rechtsausleger bedient oder ob es nicht einfach der NPD nachhaltig nützt.

Eine Beobachtung, die mir tröstlich erscheint, möchte ich noch ausführen. Es gab zwei Oberbürgermeisterwahlen in diesem Frühjahr. In Leipzig ist Herr Marx von der NPD mit etwa zwei Prozent bedeutungslos ausgeschieden, ohne Chance gegen den SPD-Amtsleiter Tiefensee, der sehr anerkannt ist in der Bevölkerung. Aber auch in Görlitz, wo der scheidende Oberbürgermeister nicht wieder antritt, hat der NPD-Kandidat ohne prominente Gegenkandidatur „nur“ 3,9 Prozent geholt. Das kann ein Indiz dafür sein, dass die heftigen Auftritte der NPD-Abgeordneten, in denen sie sich deutlich als Nazis geoutet haben, auch bei den Wählern, die rechts-extremistisch gewählt haben, negativ angekommen sind. (Sie zeigten sich als die, die die Schuld des Dritten Reiches, das Ende des Zweiten Weltkrieges neu definieren wollen, indem sie die Gedenkminute zum 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens verlassen haben und stattdessen eine Brandrede am 21. Januar 2005 im Landtag gehalten haben.)

Die Situation ist eine Herausforderung für die politische Bildung. Es ist eine wichtige Aufgabe von Bildungspolitik, dieses Problem aufzugreifen und unter jüngeren Menschen Präventionsarbeit im weitesten Sinne zu betreiben. Das ist eine langfristige Angelegenheit. Es ist auch eine Frage der Finanzierung und qualifizierter Konzepte. Das setzt natürlich voraus, dass man sich ernsthaft mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinandersetzt. Ich kann den Willen zur ernsthaften Auseinandersetzung noch nicht sehen. An den Schulen ist Rechtsextremismus nach wie vor ein Tabuthema. Ein Beispiel: Am 22. Januar, das war der Tag nach dem heftigen Ausfall der NPD im Sächsischen Landtag, traf ich auf eine 9. Klasse Mittelschule, aus der heraus ein junger Mann, als ich vorbei ging, „Heil Hitler“ grölte. Ich habe die jungen Menschen gefragt, wer das war. Leider konnte sich keiner so schnell erinnern. Ich bin auf die Lehrerin zugegangen, und die war empört, dass ich es gewagt habe, sie auf den Auftritt ihres Schülers anzusprechen. Es war mir nicht möglich, ihren Namen herauszufinden. Aber immerhin hat sie mir ihre Schule genannt, wo ich am nächsten Montag angerufen habe.

Die Auseinandersetzung mit der Schulleiterin war interessant. Erst war sie sehr giftig. Als ich mich dann als Landtagsabgeordnete und Mitglied des Bildungsausschusses vorgestellt habe, wurde sie zugänglicher. Ihre Auffassung ist: Politik hat an Schulen nichts zu suchen. Ich antwortete, sie solle keine Parteipolitik betreiben, aber Demokratiefähigkeit solle sie schon vermitteln. Worauf sie dann ganz spitz wurde und sagte: Also, zur Demokratie habe sie ihre ganz eigene Auffassung. Das habe ich ihr gerne geglaubt.

Die gesamte Situation ist problematisch. Politische Bildung ist in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen. Es ist äußerst wichtig, Lehrkräfte zu qualifizieren, da dieses Thema uns noch lange begleiten wird.

Was können wir tun? Seit Jahren gehe ich in Schulen, kläre Eltern auf, nehme an

Schulveranstaltungen teil. Ich habe auch eine Weile lang eine Förderschule konzeptionell begleitet, bin regelmäßig dort gewesen, habe mit den einzelnen Klassen Anti-Rechts-Projekte durchgeführt, um dort eine verfahrenere Situation ansatzweise aufzulösen.

Ich habe mich über Jahre hinweg mit Bürgermeistern, Landräten und Kommunalpolitikern auseinandergesetzt und habe erlebt, wie es in der Folge auf deren Seite zu einem Argumentationsumschwung gekommen ist. Während mir früher als Frau aus dem Westen ein recht verspanntes Verhältnis zu Nazis unterstellt wurde und ich im günstigsten Fall als Nestbeschmutzerin bezeichnet wurde, stoße ich jetzt zumindest auf offene Ohren.

Wichtig bleibt die Lehrerfortbildung. Wir müssen die Lehrerinnen und Lehrer befähigen, sich argumentativ mit rechten Parolen auseinanderzusetzen. Das Thema ist zu brisant. Und es wäre schade, weiter hilflos dazustehen, die eigene Sicht einer guten Welt und sonst nur Wut einzubringen.

Auch in Sachsen ist man in der Lage, sich – mit Mehrheitsbeschluss ausgestattet – fantasiebegabt zu geben. Am Tag vor dem 13. Februar 2005, an dem der große Naziaufmarsch zum Gedenken an die Geschehnisse vor 60 Jahren stattfand, wurde am Sächsischen Landtag ein Baugerüst aufgebaut und ein riesiges Transparent über den Fenstern der NDPler aufgehängt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das war auch insofern schön, als die NPD dort am nächsten Tag ihre Bühne stehen hatte, und das Ergebnis war, dass nicht nur sie gefilmt wurden, sondern auch das Transparent mit dem Schriftzug.

Die Frage ist, wie wir in Sachsen die Auseinandersetzung führen wollen. Ich vertrete eine politische Auseinandersetzung, in der es dann auch zu einer gewissen Schärfe und Polarisierung kommen kann. Ich möchte nicht im Einheitsbrei untergehen. Ich möchte als Grüne erkennbar sein als jemand, der gegen Rechtsextremisten auftritt, und mich nicht unbedingt vereinnahmen lassen, nur weil die einzige Gemeinsamkeit in dem Zusammenhang die Tatsache ist, dass wir nichts mit Nazis zu tun haben wollen. Das ist eine politische Auseinandersetzung, und ich möchte mich auch nach außen deutlich erkennbar positionieren.

Die Frage, ob ich mit den NDP-Abgeordneten Leichsenring und Apfel im oder außerhalb des Parlaments rede, hat nichts damit zu tun, wie ich sonst mit rechtsextremistischen Menschen umgehe. Wenn ich mich mit NPD-Abgeordneten unterhalte, dann mache ich das entweder, weil Presse da ist. Vor der Presse möchte ich sie auch auffordern, zur Sache zu diskutieren. Oder ich mache es, wenn wir Besuchergruppen im Landtag haben. Immer wieder kommen Schulklassen; viele Kollegen reißen sich um die gymnasialen Klassen, und ich bin immer ganz froh, wenn ich Mittelschulen und Förderschulen habe. Da gehe ich immer gerne hin, weil es ein Leichtes ist, dort zu zeigen, wo die wichtigen Punkte sind. Das mache ich mit Wonne. Aber im Landtag möchte ich auch deutlich zeigen: Hier gibt es eine Grenze, und die überschreite ich nicht.

## Diskussion (Auszüge)

**Mercedes Bunz:** Wenn man in einer Position der Abgrenzung gegenüber den Rechten verharrt, die in den so genannten bildungsfernen Schichten verortet werden, könnte das verdecken, was im Augenblick passiert. Die Gefahr: Man wähnt sich auf der Seite des moralisch Guten und vergisst dabei zu beobachten, was im eigenen Bereich an rechten Tendenzen zu bemerken ist. Im akademischen Milieu sowie in den Feuilletons kann man feststellen, dass es einen deutlichen Ruck nach rechts gibt. Ein Beispiel stellt das Buch *Deutschland neu denken. Zur Berliner Republik*<sup>1</sup> dar, ein Sammelband, in dem es darum geht, politische Reflexionen tendenziell in Abgrenzung zu 1968 vorzunehmen und zugleich Begriffe wie „Patriotismus“ und „Nationalstaat“ erneut abzuklopfen. An solchen Beispielen wird deutlich: Rechts ist schon lange in der „Mitte“ angekommen – und zwar unbemerkt. Bei einigen Intellektuellen sieht man, dass eine Annäherung nach rechts immer wieder durch das Schlagwort der „Befreiung“ – eine vermeintliche Befreiung von 68, von political correctness, kurz von einer linken Macht – formuliert wird. Durch diese Art der Argumentation gibt es sogar eine Brücke zu den bildungsfernen Schichten. „Links“ wird als Macht dargestellt, von der man sich befreien muss. Bei den bildungsfernen Schichten ist es ebenso, dass man „links“ als Macht sieht, aber nicht als eine Macht, die angeblich Denkverbote erlässt, sondern als eine, die einen in der Hand hat. Unsere Schwierigkeit, damit umzugehen, hat genau hier seinen Grund: Wir sind es als Linke nicht gewöhnt, als Macht adressiert zu werden, im Gegenteil. Traditionell ist unsere Rolle die der Opposition, die des Widerstandes. Ich glaube, deswegen fällt es uns schwer, Antworten auf die derzeitige Situation zu finden.

**Peter Siller:** Ich würde erst einmal Wert darauf legen, dass wir den Rechtsextremismus, den wir gerade in der Bundesrepublik beobachten, insbesondere bei der NPD, nicht ohne weiteres unter den Begriff „Rechtspopulismus“ subsumieren. Obgleich es auch hier den Versuch gibt, mit modernen populistischen Methoden zu kommunizieren, scheint es mir aus verschiedenen Gründen wichtig, das systematisch zu trennen. Der Rechtsextremismus in Deutschland hat eine ganz spezifische Geschichte, und die deutsche Geschichte ist auf unvergleichliche Weise vom Rechtsextremismus geprägt. Ich bin nicht damit einverstanden, dieses einfach unter dem Label „Europäischer Rechtspopulismus“ zu entsorgen.

Wenn ich hier höre, ein Charakteristikum des Rechtspopulismus sei der „Tabu-Bruch“, der Kampf gegen „Ressentiments“ und auch der Kampf gegen „political correctness“, dann müssen wir auch einmal über ganz andere Bereiche nachdenken als über die extreme Rechte. Ich kenne inzwischen nichts modischeres, als die Rhetorik des „Tabus-Bruchs“ und des Kampfs gegen eine vermeintliche „political correctness“. Nicht nur Möllemann war darin ein Großmeister, auch viele Post-Linke, die sich jetzt in *FAZ* oder *Merkur* in einer ewigen Nabelschau an der eigenen Biographie abarbeiten. Der „Tabu-Bruch“ und das Bemühen, anderen starke Ressentiments zu unterstellen, sind inzwischen zur größten Passion einer bestimmten, in die Jahre gekommenen Linken geworden. Möglicherweise ist diese Rhetorik

<sup>1</sup> Undine Ruge, Daniel Morat (Hg.): *Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

inzwischen sogar eine der Charakteristika des Mainstreams in unserer Gesellschaft. Es mag eine Zeit gegeben haben, in der eine Kritik von bestimmten Formen der politischen Haltung als „political correctness“ eine Pointe enthalten haben mag. Inzwischen ist das für mich ein reaktionärer Kalauer.

Ich sehe eine beunruhigende Tendenz in der Gesellschaft, was die Salonfähigkeit der Rechtsextremen anbetrifft als auch den Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Ich habe den Eindruck, vieles in der Analyse ist noch unklar und unpräzise.

Bei Wolfgang Gessenharter habe ich herausgehört, dass man, wenn man über Rechtsradikalismus oder Rechtspopulismus spricht, eigentlich über das rechte Lager sprechen muss. Rechte Positionen – darauf scheint mir das bei Gessenharter hinauszulaufen – münden in Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus. Da erhebe ich als jemand, der rechten Positionen extrem abgeneigt ist, Einspruch. Es ist völlig klar, dass es in einer Demokratie eine demokratische Linke und eine demokratische Rechte gibt. Wer die bestehenden Unterschiede zwischen einer demokratischen Rechten und der extremen Rechten analytisch verwischt, scheint mir die Grundlagen der Demokratie zu verkennen und die Rechtsradikalen unnötig zu stärken. Wer den „Konservatismus“ als ersten Schritt in Richtung rechtsextremer Rand darstellt, macht meiner Meinung nach analytisch und strategisch einen Fehler. Ich bin nun wirklich kein Konservativer. Wir sollten aufpassen und den Kampf gegen den Rechtsradikalismus nicht parteitaktisch instrumentalisieren.

**Wolfgang Gessenharter:** Wenn wir in Deutschland über rechtsextreme Gefahren sprechen, reden wir normalerweise über das, was der Verfassungsschutz als Rechtsextremismus definiert. Das sind dann nach deren Zählungen um die 50.000 Personen und entspricht etwa einer halben Promille der Bevölkerung. Wir sollten also die Kirche im Dorf lassen. Natürlich ist jede rechtsextreme Aktion in der Öffentlichkeit eine zu viel; aber wir sollten auch selbstbewusst genug sein, darauf zu vertrauen, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht davon beeindrucken lässt. Und im übrigen haben wir dagegen die wirkungsvollen Mittel der „streitbaren Demokratie“.

Eine viel größere Gefahr stellt die „intellektuelle Neue Rechte“ dar. Ich habe versucht, eine präzise Definition zu geben: Immer dann, wenn versucht wird, die Argumentationslastverteilung des Artikels 1 des Grundgesetzes, wonach das Individuum prinzipiell vor dem Kollektiv steht, in Frage zu stellen oder gar umzudrehen, also eine Vorrangigkeit des Kollektivs vor dem Individuum zu fordern, spreche ich von dieser „intellektuellen Neuen Rechten“. Dass diese Veränderungsstrategie manchmal sehr vorsichtig bzw. eher undeutlich vorgenommen wird, ist ein Problem. Wer sich aber, wie etwa die *Junge Freiheit*, regelmäßig auf Carl Schmitt bezieht, zeigt, dass er den Art. 1 nicht ernstnehmen will und kann. Um diese Interpretation der Grundlage unseres Grundgesetzes muss der Streit gehen. Schon eine Verwischung, eine Relativierung dieser Vorrangregel ist Wasser auf die Mühlen der Neuen Rechten – und eine solche Verwischung geschieht in der praktisch-politischen Realität der Bundesrepublik täglich, vor unseren Augen. Denken Sie nur an so manchen Umgang deutscher Behörden mit Asylbewerbern, nicht nur in den Abschiebestellen.

Aber um diese kollektivistisch-völkische Umdeutung des Grundgesetzes geht es offenbar immer häufiger auch in intellektuellen Zirkeln. Der NDR hat vor kurzem

in seiner Sendung „Streitkräfte und Strategien“ über einen Vortrag des geschassten General Günzel berichtet, den er bei einer Burschenschaft in Hamburg gehalten hat, also vor jungen Studenten, die ihm zum Teil frenetisch zujubelten. Ich habe bisher nicht gehört, dass in bezug auf diesen Vorgang in der Öffentlichkeit kritisch Stellung bezogen worden wäre. Wenn wir diese Neuen Rechten in der Öffentlichkeit nicht kritisch zur Rede stellen, werden sie das „schleichende Gift“ immer häufiger in den öffentlichen politischen Diskurs einmischen können. Ich höre immer wieder, dass dieser Art. 1 sicherlich schön klinge und idealistisch sei, für die harte Alltagspraxis, gerade auch angesichts der terroristischen Bedrohung, aber auch weltfremd sei. Wenn dieser Art. 1 zum bloßen Etikett verkommt, dann sind die Neuen Rechten ihrem Ziel sehr nahe, nämlich dem Grundgesetz ohne Revolution seine wegweisenden Wirkung zu nehmen.

**Ingrid Reichart-Dreyer:** „Was haben die etablierten Parteien versäumt?“ Ich erinnere mich an die Bemerkung, dass die Träger und Unterstützer der NPD Dreißig- bis Fünfundvierzigjährige in stabiler wirtschaftlicher Situation seien. Die Liste dessen, was fehlt, ist lang:

Es gibt Partizipationsdefizite: Die Parteien haben in der Mediendemokratie ihre Saugwurzelfunktion verkümmern lassen. Es ist langweilig, sich an der Basis zu beteiligen. Nicht nur Studenten aus den neuen Bundesländern kritisieren, dass das Gemeinsame im Parteienstreit zu kurz kommt. Mit dem Runden Tisch ist auch der Ort für die gemeinsame Suche nach Problemlösungen verschwunden.

Spiegeln die Erfolge der NPD und der DVU die Fehler der deutschen Vereinigung? Das Grundgesetz wurde nicht einmal erklärt, es gab keine Chance zur Zustimmung. Die „Ossis“ sind eine strukturelle Minderheit, während der Minderheitenschutz in den Parteien nicht gesichert ist. Wenn die CDU Sachsen, wie Jens Hommel erwähnte, erst jetzt in den Parteibildungsprozess eingetreten ist, wie steht es dann mit den anderen Landesverbänden in den neuen Ländern auch bei den anderen Parteien?

Es gibt zudem ein Gemeinschaftsdefizit. Wer befriedigt das Bedürfnis nach Gemeinschaft, gibt Heimat? Die rechten Kameradschaften agieren jugendgerecht, erlebnisorientiert, ihre Sozialarbeit erzeugt Nähe und demonstriert Alltagskompetenz.

Die Parteien haben auch Profildefizite: Sie unterscheiden sich in der kurzfristigen Orientierung in der Demoskopiedemokratie nicht ausreichend. Sie haben zudem Visionsdefizite – den Parteien fehlen die langfristigen Ziele, für die der Einsatz lohnt; ein Führungsdefizit – führt die politische Klasse oder folgt sie nur den Meinungsströmen? Die Parteien erleben auch einen Glaubwürdigkeitsverlust durch Widersprüche zwischen Ankündigungen und Handlungen – z.B. bezüglich der Lehrerausbildung, die miserabel ist. Es gibt Integrationsdefizite auf der gesellschaftlichen Ebene durch Vernachlässigung von Schul- und Jugendpolitik. Diese einander beeinflussenden Versäumnisse wiederholen jahrzehntealte Parteienkritik und spiegeln Reformen wider nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“.

**Jens Hommel:** Ich plädiere dafür, sich konkret anzusehen, wie die Rechte agiert, um zu vermeiden, dass man mit Stereotypen über Phänomene diskutiert, die man

aus ganz anderen Zusammenhängen kennt. Zum Beispiel ist es wichtig, sich den Zustand der sächsischen CDU anzugucken: Wir sehen eine Partei, die erst jetzt, nach ihrer Wahlniederlage, in einen Parteibildungsprozess eintritt; die Richtungsentscheidungen gehen jetzt erst los. Ich bin dagegen, „konservativ“ und „rechtsextrem“ in einen Topf zu werfen.

Die CDU hat auch Berater wie den so genannten Extremismusforscher Eckehart Jesse, der insofern relevant ist in Sachsen, als dass er von den Medien als *der* Meinungsführer zitiert wird. Er rät der CDU öffentlich dazu, die Position der Rechtsradikalen nicht komplett, aber zum Teil zu besetzen, nämlich bezüglich der Wertorientierungen, um damit die Rechtsradikalen überflüssig zu machen. Das wird in der CDU auch aufgegriffen. Die Junge Union bringt ein Papier in die CDU-Programmdiskussion, in dem die „Volksgemeinschaft“ ausgerufen wird. Das ist ein Teil einer Orientierungssuche, man stellt sich vor, auf diese Weise den Rechts-extremen das Wasser abzugraben.

Die Anschlussfähigkeit der rechten Argumente an Diskurse, die bereits bestehen, haben wir ja mehrfach diskutiert. Unbestritten besteht beim Vergangenheitsdiskurs eine Anschlussfähigkeit in bestimmten Kriegsende-Diskussionen, Stichwort: Deutsche als Opfer.

Tatsächlich kann in Ostdeutschland die so genannte antifaschistische Grundhaltung, das Verurteilen der Verbrechen des Nationalsozialismus, einhergehen mit der Unterstützung des politischen Auftretens der Rechten, das Richtung Volksgemeinschaft geht – weil „Volksgemeinschaft“ anschließen kann an die Erfahrung des sozialistischen Kollektivs, das auch soziale Sicherheit gegeben hat. Das bedeutet: Die aktuelle Politik knüpft in so einem Punkt nicht an NS-, sondern an die positiv erlebte DDR-Erinnerung an.

Wo setzt man sich mit wem auseinander? Da sehe ich einen großen Unterschied zwischen der Arbeit vor Ort und in den Parlamenten. Ich sehe es als eine große Errungenschaft, dass es die Einigung gibt, die Auseinandersetzung im Parlament zu vermeiden, die Diskussion dort auf der Tribüne nicht zu führen. Damit wird der NPD ein wesentliches Werkzeug aus der Hand genommen. Denn im Unterschied zu anderen parlamentarischen Vertretungen der Rechtsextremen in Deutschland haben sie durchaus die rhetorischen und intellektuellen Fähigkeiten, die Tribüne auch zu nutzen.

Ich empfehle, sich einmal die Sprache der parlamentarischen Zeitungen anzugucken, die die Fraktion herausgibt. Wir finden geschliffene Texte, die sich an einer Protestkultur orientieren, die ganz klar abgekupfert wurde: Hier werden gezielt kulturelle Momente des linken Protestes der letzten zehn bis dreißig Jahre übernommen. Das ist eine der Ursachen für die hilflosen Reaktionen des demokratischen Lagers, besonders der Linken, von der dieser Protest einmal ausgegangen ist. Und die Rechten haben ihre Freude daran. Sie veranstalteten eine Demonstrationen durch Dresden, um die Linke zu provozieren, mit einem Transparent „Vaterland oder Tod. Ernesto Che Guevara“ oder einer Fahne im Layout der Antifa-Seite „Venceremos“. Die Rechten sind durch die Dresdener Neustadt mit ihrem alternativen soziokulturellen Milieu marschiert unter dem Motto: „Den Terror bekämpfen, wo er entsteht“. Und diese Provokation zieht dann bürgerkriegsähnliche Zustände nach sich, bei denen die Protestierenden weggeräumt werden, so dass das, was die Nazis zum Thema machen, sich tatsächlich erfüllt.

**Ralf Fücks:** Unsere Diskussion scheint mir noch sehr stark von der Fassungslosigkeit darüber geprägt zu sein, dass die linksliberale Diskurshegemonie erodiert. Man spürt eine gewisse Hilflosigkeit: Was tun? Das Phänomen liegt auf der Hand, dass im Moment von rechts neu aufgelegt wird, womit die radikale Linke in der Bundesrepublik groß geworden ist: der kalkulierte Tabubruch, das Lächerlichmachen der Autoritäten, der Angriff auf die „Systemparteien“ bis hin zur Entwicklung einer rechten Jugendbewegung, die sich der kulturellen Formen der sechziger und siebziger Jahre bedient – Rockkonzerte, eigene Symbole, ein Habitus des Protests –, die verbunden werden mit den neuen, dezentralen und schwer kontrollierbaren Kommunikationsmedien, vor allem dem Internet.

Mir ist es wichtig, dass wir darauf nicht autoritär reagieren. Die angegriffene etablierte Linke flüchtet sich zu leicht in den Ruf nach Verboten, neuen Tabuisierungen und Meinungspolizei. Ich glaube, mit diesem Gestus hat man schon verloren. Das nährt genau die Dynamik des Tabubruchs, von dem diese „Neue Rechte“ sehr stark lebt. Ich glaube, dass gar keine andere Möglichkeit, keine erfolgversprechende Gegenstrategie besteht außer: den Meinungskampf wirklich aufzunehmen. Etwas anderes ist der Umgang mit Gewalt und gewalttätigen Organisationen: Hier ist tatsächlich die Staatsgewalt aufgerufen einzuschreiten, und hier sind auch Organisationsverbote gerechtfertigt.

Das bringt mich zu einem weiteren Punkt. Ich hielte es analytisch für verkürzt und politisch für eine Sackgasse, wenn man das nur in dem Links-rechts-Schema abhandeln wollte und sagt: Da gibt es ein rechtes Lager und jetzt muss das linke Lager dagegen aufstehen. Man muss genauer analysieren, wie die Diskursstränge in der Linken verlaufen und welche Querverbindungen es da zur neuen Rechten gibt. Ich spitze das jetzt ein bisschen zu, ohne dass ich eine klare Antwort auf diese Fragen habe.

Nehmen wir die Art und Weise, wie von links Kapitalismuskritik intoniert wird. Da bin ich mir nicht sicher, ob das den nationalen Sozialisten das Wasser abgräbt oder ob man ihnen damit umgekehrt eher die Stichworte und die Legitimation liefert. Das gilt etwa für die Debatte gegen die Entsenderichtlinie der Europäischen Union und für den Ruf nach Schutz vor der Dumpingkonkurrenz aus dem Osten. Das gilt auch für die Art und Weise, wie die Bedrohung durch die EU-Osterweiterung und die Globalisierung inszeniert wird. Es ist eben kein Betriebsunfall, dass jetzt in Frankreich sowohl attac wie die Rechtsradikalen gegen die EU-Verfassung antreten.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Die Opposition von attac und des Front National gegen die Verfassung und den freien Binnenmarkt ist nicht das gleiche. Aber es gibt Grauzonen und Querverbindungen, die nicht so klar voneinander getrennt sind. Was bedeutet es, wenn der französische Bauernkämpfer Bové ein McDonalds-Restaurant demoliert? Es gibt einen antiaufklärerischen Diskurs gegen die Globalisierung auch von links, genauso wie es linke antiamerikanische und antisemitische Tendenzen gibt.

Weshalb gibt Egon Bahr Interviews in der *Neuen Freiheit*, dem Organ der intellektuellen Neuen Rechten? Bei Egon Bahr gibt es schon lange einen nationalen Unterton, wenn er gegen die Hegemonie der USA zu Felde zieht. Daran knüpft die *Neue Freiheit* an. Mit solchen Tendenzen muss man sich auch innerhalb der Linken stärker auseinandersetzen, als das bisher passiert ist.

Noch zwei Stichworte: Wenn ich mich nicht irre, hat Herr Buschkowski, der Bezirksbürgermeister von Neukölln, einer der wichtigsten Stichwortgeber in der Debatte um das „Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“, das Parteibuch der SPD. Auch in der Auseinandersetzung um Migration und Integrationspolitik gibt es keine klare Trennung der politischen Lager. Die Aversion gegen Kopftuchträgerinnen oder gegen Arbeitsmigranten, die den Arbeitsmarkt nach unten öffnen, geht von rechts bis links.

Eine weitere Anmerkung ist für den neuen rechten Diskurs nicht unerheblich: Antisemitismus und die Frontstellung gegen Israel. Ich erinnere nur an das Buch von Ted Honderich bei Suhrkamp, das Terroranschläge auf die israelische Zivilbevölkerung vom Standpunkt der höheren philosophischen Ethik als Reaktion auf die Unterdrückungspolitik Israels in den besetzten Gebieten rechtfertigt. Auch der Bereich „Antizionismus“ ist eine Grauzone, in der sich Kräfte von links wie rechts tummeln.

Das sind komplexe Entwicklungen, bei denen es mir zu einfach ist, sich auf die alten Gewissheiten von „Gemeinsam gegen rechts“ zurückzuziehen. Was not tut, ist die Verteidigung der freiheitlichen Demokratie gegen ihre Feinde und ein geschärftes Sensorium für die Berührungspunkte, die es zwischen der antidemokratischen Rechten und linkem Populismus gibt.

**Sybille Volkholz:** Unser Debattenstil ist oft von einer hohen moralischen Empörung gekennzeichnet und wenig argumentativ. Dies ist vom Prinzip her ein Habitus, den sich normalerweise Macht und Herrschaft gönnen: wenig argumentativ zu sein, nicht überzeugen zu müssen, sondern gegenüber anderen Positionen die Moral für sich zu reklamieren. Ich erinnere mich an eine Sendung, in der Erich Böhme, Ralf Giordano, Freimuth Duve gegen Haider angetreten waren. Sie sind gegenüber Haider dermaßen eingegangen, weil sie nur moralisch empört reagiert haben und nicht auf ein Argument oder eine seiner Äußerungen sachlich geantwortet haben. Ralf Giordano hat den Raum verlassen. Er hat vorgeführt, was wir sehr oft machen. Ich glaube, dass dieses Verhalten gerade von anderen, insbesondere von Jugendlichen, sehr sensibel wahrgenommen wird. Wie wir gegenüber Jugendlichen mit solch unterschiedlichen Positionen umgehen, ist keine Frage der Bildungspolitik, sondern es geht darum, wie wir vormachen und vorleben, wie gesellschaftliche Diskurse überzeugend geführt werden, so dass wir argumentativ gewinnen.

**Wolfgang Gessenharter:** Es gibt noch eine andere Möglichkeit im Umgang mit den Neuen Rechten und Rechtsextremen, eine eher indirekte Auseinandersetzung. Meine These ist: Wenn wir Menschen in die Lage versetzen, an der Gestaltung ihrer eigenen Umwelt und an der Bewältigung ihrer Probleme aktiv und effektiv mitzuwirken, sind sie für den Rechtsextremismus ‚rettungslos verloren‘. Ich führe in Hamburg ein Projekt mit Schülern durch, das diese These bestätigt. Andere Projekte mit Erwachsenen in kleineren und größeren Kommunen haben uns ebenfalls bestätigt. Gut geplante und durchgeführte Partizipation zeigt Menschen die Komplexität der politischen Realität mit den unterschiedlichen Sichtweisen anderer Menschen auf diese Realität. Sie zeigt, dass diese Unterschiedlichkeiten und Konflikte oft in Win-win-Situationen umgewandelt werden können und, falls das nicht

gelingt, durch Entscheidungen legitimierter Personen und Institutionen nachvollziehbar gelöst werden können. Diese Erfahrungen sind kein Nährboden für Politikverdrossenheit oder für den Ruf nach dem starken Mann, sondern sie zeigen Konflikte als etwas Selbstverständliches, wenn wir die Unterschiedlichkeit der Menschen und die Knappheit der Ressourcen ernst nehmen. Und sie zeigen, dass das Ringen um die politisch besten Lösungen sich eben nicht im Gezerre um Macht und Posten verlaufen muss. Es sage niemand, die Bevölkerung wolle nicht partizipieren. Das vorhandene Potential, das die Wissenschaft auf bis zu einem Drittel der Bevölkerung schätzt, liegt leider nach wie vor ziemlich brach.

### **III. Anhang**



# **Die männliche Nation**

## **Politische Rhetorik der Neuen intellektuellen Rechten**

Von Gabriele Kämper

Gegenstand der Untersuchung ist die spezifische Rhetorik einer Neuen intellektuellen Rechten im Deutschland der Nachwendezeit. Die Analyse gilt argumentativen Figuren, traditionsgesättigten wie modernen Sprachbildern, Subtexten und Assoziationsketten. Besonderes Augenmerk schenke ich der Inszenierung von Geschlechtlichkeit und der Inanspruchnahme kultureller Codierungen von Geschlecht. Beides verhilft der neurechten Rhetorik zu Plausibilität und Überzeugungskraft. Diese Analyse folgt der Überlegung, dass politische Sprache ihre Rezipienten nicht nur rational, sondern vor allem emotional zu erreichen sucht. Dazu begibt sie sich auf emotional bedeutsame Assoziationsfelder, zu denen die Ordnung der Geschlechter in ihrer sozialen, kulturellen und psychologischen Dimension gehört.

Die Hauptquelle der Untersuchungen ist der Sammelband *Die selbstbewusste Nation*, herausgegeben von Ulrich Schacht und Heimo Schwillk. Der Band erschien 1994 im Ullstein Verlag und wurde von seinen Herausgebern zum „konservativen Manifest“ einer sich neu formierenden intellektuellen Rechten deklariert. Ein vorab im Wochenmagazin *Der Spiegel* erschienener Essay des Theaterschriftstellers Botho Strauß mit dem programmatischen Titel *Anschwellender Bocksgesang* eröffnete den Band, zudem versammelten sich in der *Selbstbewussten Nation* unterschiedlich prominente Intellektuelle mit dem Ziel, das Menetekel eines schwächlichen, degenerierten und weitgehend wehrlosen Deutschlands an die Wand zu malen. Rettung verspricht die Rückbesinnung auf nationale Werte und das Erlangen nationalen Selbstbewusstseins.

Nach einem kurzen Aufriss, um wen es sich bei den Neuen intellektuellen Rechten handelt und welche politischen Ideen sie verfolgen, wird in drei Punkten das Analyse-Instrumentarium vorgestellt, gefolgt von einer exemplarischen Darstellung, wie die emotionale Aufladung politischer Argumente sprachbildlich und rhetorisch funktioniert.

### **Die Neue intellektuelle Rechte**

Die Neuen intellektuellen Rechten präsentieren sich als angriffslustige und selbstbewusste Tabubrecher, die sich von vermeintlichen Denkverböten oder einer als übermächtig imaginierten linksliberalen Medienwelt nicht einschüchtern lassen. Die Selbstbezeichnung als Neue intellektuelle Rechte gehört in diesen Kontext: Man will sich nicht hinter dem Begriff des Konservativen verstecken, sondern offensiv rechts sein. Strategisches Ziel ist es, eine kulturelle Hegemonie neurechten Denkens zu etablieren. Dazu gehört, sich nicht am rechten Rand zu bewegen, sondern in die Mitte der Gesellschaft hineinzuwirken. Diese Praxis lässt sich anhand personeller Netze, individueller Lebensläufe und des publizistischen Radius der Akteure nachvollziehen.

Das Erscheinen der *Selbstbewussten Nation* stellt den Höhepunkt einer regen publizistischen Tätigkeit der Neuen intellektuellen Rechten der frühen neunziger

Jahre dar.<sup>1</sup> Diese bilden keine geschlossene, abgrenzbare politische Formation, ebenso wenig gibt es ein erklärtes politisches Programm. Es sind publizistische Aktivitäten, informelle Kommunikationszirkel sowie spezifische ideologische und rhetorische Grundelemente, die ihre Gemeinsamkeiten ausmachen.

In der *Selbstbewussten Nation* versammeln sich 27 Autoren und eine Autorin, Brigitte Seebacher-Brandt. Sie umfassen die Jahrgänge 1923 bis 1970. Sie sind vornehmlich geisteswissenschaftlich ausgebildet: Historiker, Philosophen, Pädagogen, Juristen, Professoren, Schriftsteller und Künstler. Prominente Namen wie Botho Strauß, Hans-Jürgen Syberberg oder Ernst Nolte gehören ebenso dazu wie in der Öffentlichkeit unbekanntere Personen. Die politische Herkunft umfasst erklärte Rechtskonservative und Nationalliberale wie Steffen Heitmann und Manfred Brunner, aber auch Personen aus ehemals linkem Kontext wie Klaus Rainer Röhl.

Gemeinsam ist ihnen ein kulturkritischer Gestus, mit dem sie die Zustände eines nationalvergessenen Deutschlands der Nachwendezeit anprangern. Die Neuen intellektuellen Rechten verstehen sich als legitime Erben deutscher Geschichte und deutschen Geistes. Nationalsozialismus, Sozialismus und Liberalismus hingegen seien gleichermaßen der deutschen Eigentümlichkeit fremd. Unter Umgehung des Nationalsozialismus wollen sie sich auf ein unbelastetes rechtes Erbe, insbesondere auf die konservative Revolution der Weimarer Republik, berufen. Dort, in einer konstruierten deutschen Eigentlichkeit, sehen sie die Wurzeln für eine nationale Gesundung.

### **Ideologische Figuren**

Folgende ideologische Figuren ziehen sich quer zu den jeweils verhandelten Themen durch die Texte: An erster Stelle steht die Rehabilitation der deutschen Nation von den Verbrechen des Nationalsozialismus. Dieser Punkt hat vorrangige Bedeutung und wird mit großem rhetorischem Aufwand betrieben. Dazu gehört die Usurpation von Opferpositionen, gewagte Gleichsetzungsmanöver von Nationalsozialismus, Sozialismus und Demokratie wie auch rhetorische Verdrehungen. Ulrich Schacht etwa behauptet, der „totale Vernichtungswille“ der Nazis gegenüber den Juden sei „identisch“ mit dem „totalen rhetorisch-diskursiven Vernichtungswillen“, den die Linksliberalen gegenüber der deutschen Nation hegten.

An zweiter Stelle und ähnlich bedeutsam wie dieser geschichtspolitische Balanceakt ist die radikale Infragestellung der Gleichheit der Menschen mit entsprechenden Konsequenzen für Elitekonzeptionen, Geschlechterordnungen oder die universelle Geltung der Menschenrechte. Als drittes dient die „political correctness“ als zeitgemäße Negativfolie, vor der Gleichheitsansprüche als lächerlich und anti-freiheitlich denunziert werden. Eine vierte ideologische Grundfigur ist die Abkehr von 1968 und den Folgen. Emanzipation, Konsumismus und Dekadenz werden im Namen

1 Zur Bedeutung der *Selbstbewußten Nation* für die Wahrnehmung der Neuen intellektuellen Rechten in der Öffentlichkeit vgl. Uwe Worm: *Die neue Rechte in der Bundesrepublik. Programmatik, Ideologie und Presse*, Köln 1995; Barbara Junge/Julia Naumann/Holger Stark: *Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet*, Berlin 1997; Maria Zens: *Vergangenheit verlegen. Zur Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein*, in: Hans-Martin Lohmann, (Hg.): *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt a. M. 1994, S. 105–122; Richard Herzinger/Hannes Stein: *Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler*, Reinbek bei Hamburg 1995.

von Autorität, Kirche, Tradition und Wehrhaftigkeit gegeißelt. Als letzte ideologische Figur sei noch ein durchgehender Antifeminismus genannt, den ich im Lichte der geschlechterpolitischen Aussagen gesondert betrachten werde.

## **Methodik**

Gedankliche und methodische Schritte zur Analyse des Überzeugungspotentials neuerechter Rhetorik:

- Politische Rhetorik überzeugt, wenn sie emotionale Zustimmung produziert. Erst wenn politische Argumente an Selbstbilder, Wünsche, Ideale und Ängste anknüpfen, entfalten sie Wirkungskraft.
- Die emotionale Ansprache erfolgt über die Auswahl von Sprachbildern und Metaphern, mit denen tradierte Wertungen und Assoziationen verknüpft sind. Der Literaturwissenschaftler Peter von Matt spricht von einem „emotionalen Pakt“, den der Leser mit dem Text eingeht und in den Lust und Unlust als elementare Texterfahrungen einfließen.
- Sprache und Emotionalität sind Voraussetzung und Effekt geschlechtlich codierter sozialer und symbolischer Ordnung. Dazu gehören das Prinzip der Dualität in der Sprache, die sozialen Traditionen hierarchischer Geschlechterpolarität sowie der Zwang des Subjekts zur Errichtung und Aufrechterhaltung geschlechtlicher Identität.

## **Beispiele zur Unterfütterung der emotionalen Ansprache durch den rhetorischen Einsatz von Geschlecht**

1. Die Inszenierung von Geschlechtlichkeit zeigt sich auf der Textebene der geschlechterpolitischen Aussagen, in deren Zentrum die Auseinandersetzung mit dem Feindbild Feminismus steht. Dieses Feindbild wird auf der einen Seite mit mythischen und pseudohistorischen Vorstellungen von Ehe und Familie kontrastiert. Ein vormodernes Patriarchat erscheint als utopisches Glücksversprechen, dessen Reste hochgradig bedroht sind. Auf der anderen Seite steht das Ideal einer von feministischen Anfechtungen unbeeinträchtigten Mannhaftigkeit als Garant einer guten Gesellschaft. Die emotionale Essenz liegt in der Spannung zwischen einem verlockenden patriarchalen Utopia und dessen Bedrohung durch Auflösung und Destruktion im Namen feministischer Forderungen. Ein Zitat von Peter Meier-Bergfeld soll das illustrieren: „In Österreich [...] gilt der Name des Mannes als Familienname [...]. Das österreichische Verfassungsgericht erkannte: Die Eheschließung sei ein derart einschneidender Akt, daß der Staat das Recht habe, daran namensrechtliche Konsequenzen zu knüpfen. Wer dem nicht folgen wolle, solle eben nicht heiraten. Tue man es trotzdem, so lege der Staat fest, der Mannesname sei nun Familienname. Das sei keine Bevorzugung des Mannes [...]. Basta! Erfahrung, Tatsachen, Hausverstand, Abweisung querulatorischen Individualismus, das ‚Normale‘, das noch nicht hinwegdiskutiert worden ist, das bestimmt in Österreich die Rechts- und Staatssphäre.“<sup>2</sup>

2 Peter Meier-Bergfeld: Deutschland und Österreich. Über das Hissen der schwarz-rot-goldenen Flagge in Wien, in: Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. veränd. u. erw. Auflage, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S.195–226, hier S. 209f.

2. Im Gegensatz zu dieser idealen Inszenierung von Geschlechtlichkeit findet die Inanspruchnahme kultureller Codierungen von Geschlecht vornehmlich auf der Ebene sprachbildlicher Begriffsfelder statt. Ich habe aus den neurechten Texten die Begriffsfelder *Elite und Masse*, *Autorität*, *Dekadenz*, *Wehrhaftigkeit*, *Werte*, *Familie* und *Vatermord* extrahiert und analysiert. Im Zusammenspiel eröffnen sie ein vielschichtiges Angebot zur Identifikation mit einer starken Nation, die rhetorisch als Rekuperation von Männlichkeit vorgestellt wird. Ein vorherrschendes Motiv ist die Verschmelzung von männlichem Subjekt und Nation in einer Textposition, was es erlaubt, subjektive Vorstellungen von Würde, Selbstbehauptung, Mut usw. einer als Subjekt konstruierten „Nation“ abzufordern.

Das Begriffsfeld *Elite und Masse* aktualisiert die tradierte Binarität von männlich/weiblich in diesem Sinn: Heroische Einzelgänger erheben sich aus einer als dumpf, träge und entindividualisiert gezeichneten Masse. Nationale Renaissance, neurechte Auserwähltheit und männliche Subjektkonstruktion verbinden sich zu einer attraktiven Figur souveräner Individuation. „Es gibt nur das Häuflein der versprengten Einzelnen. Ihr einziges Medium ist der Ausschluß der vielen“, postuliert Botho Strauß und träumt von „magischen Orten der Absonderung“, an denen denjenigen Wissen und Kraft zuwächst, die der „ebenso lächerlichen wie widerwärtigen“ Massengesellschaft etwas entgegensetzen wollen. Der herausragende Solitär muss sich einer alles überschwemmenden Masse erwehren.

Die Begriffsfelder *Dekadenz* und *Familie* dienen der Inszenierung ausschließlich weiblich codierter Wertungen: *Dekadenz* als weites Feld von Negativzuschreibungen, die zwischen Verweiblichung und Entmännlichung changieren, *Familie* als Beschwörung von Heimat und Geborgenheit, die als vollkommene Mutter-Sohn-Dyade imaginiert wird. Die mütterlich-familiär imaginierten Verschmelzungswünsche stellen die Kehrseite zu den Phantasien radikaler männlicher Autonomie und Selbstsetzung dar, die in den Begriffsfeldern *Autorität*, *Wehrhaftigkeit* und *Werte* präsentiert werden. Dort findet man eine breite Palette positiver Wertungen, die mit kämpferischen und überlegenen Männlichkeitsbildern assoziiert sind. Sie stärken jenes Doppelwesen aus Subjekt und Nation, das als identifikatorisches Angebot fungiert. Das fiktive nationale Subjekt muss diese Charakterzüge zurückerobern, um nicht von Passivität, historischer Schuld und Fremdbestimmung überwältigt zu werden.

3. Als letztes möchte ich ein Beispiel aus dem Begriffsfeld *Vatermord* anführen, das zeigt, wie die heilsbringende Funktion einer mystisch aufgeladenen Väterlichkeit national definiert wird. Die Identifikation der Nation mit der Familie, die Vorstellung von der Nation als väterlichem Erbe und das Motiv des Selbsthasses, zusammen mit der Bedrohung durch die selbstzerstörerische Potenz des Antinationalismus, prägen das Begriffsfeld *Vatermord*. Das politische Geschehen der Nachwendzeit wird rhetorisch in ein zeitloses ödipales Drama überführt. Botho Strauß drückt das verklausuliert und unmissverständlich zugleich aus, wenn er eine „parricide antiparricide Aufwallung in der zweiten Generation“<sup>3</sup> beklagt. *Parricida* [lat.], Vatermörder. Er symbolisiert den negativen Helden in der familial imaginierten Nationalgeschichte. Wie der antike Ödipus tötet er seinen Vater, also in diesem Fall die

3 Botho Strauß: *Anschwellender Bocksgesang*, in: Schwilk/Schacht, ebd., S. 19–40, hier S. 26.

Nation, um in der Folge blind durch Selbsterstörung umherzuirren. Freud hat den antiken Mythos als ödipales Dreieck dahingehend dynamisiert, dass das Schicksal des Sohnes zwar sein Begehren nach der Mutter ist und dass daraus der Tötungswunsch gegenüber dem Vater erwächst, dass es jedoch den Königs- und Ausweg der Identifikation mit dem Vater gibt. Dieser Ausweg des *Oedipus rex*, sich mit dem Vater und mit dem Gesetz des Vaters zu identifizieren, erlaubt zwar, dem grausamen Schicksal des antiken Helden zu entgehen, bedeutet aber auch, auf die Erfüllung des Begehrens nach der Mutter zu verzichten. Freud weist der Spannung zwischen der Rettung unter das väterliche Gesetz und der Rebellion dagegen im Namen des Begehrens zentrale Bedeutung zu. Als kultureller Code beschreibt sie das imaginäre Geschehen zwischen Söhnen und Vätern, zwischen Erbenden und Vererbenden, zwischen denen, die die Macht innehaben, und denen, die sie haben wollen. Für den neurechten Protagonisten Uwe Wolff ist die nationale Rettung identisch mit dem „Weg aus der vaterlosen Gesellschaft“ und der „Wiederaneignung der vergessenen Überlieferung“<sup>4</sup>. Er malt sich die nationale Versöhnung im biblischen Bild des verlorenen Sohnes aus. Wenn diese Versöhnung jedoch fehlschlägt, wenn ein kritisches Verhältnis zur eigenen Nation deren Unangreifbarkeit in Frage stellt mit der Folge, dass Selbstzweifel und der Verlust väterlicher Autorität drohen<sup>5</sup> – dann ist das Gesetz verletzt und die Ordnung auf den Kopf gestellt. Dann werden nicht die Söhne, sondern die Väter kastriert. So bei Peter Meier-Bergfeld. Er plädiert dafür, nationale Verbrechen gezielt zu vergessen und verteidigt das mit den Worten: „Das ist von der Nation aus gesehen richtig. Der Österreicher sieht das auch so, er hat daher keinen Vaterhaß und also keinen Selbsthaß. Der Aufstand verwöhnter Kinder gegen kastrierte Väter fand nicht statt, es ‚fehlt‘ in Österreich das große schwarze Loch mit der Aufschrift: ‚Wir mögen uns selber nicht.‘“<sup>6</sup> Am Ende verliert Ödipus. Das „große schwarze Loch“, Blendung und Kastration in einem, straft den Vatermord. Die Abkehr vom Gesetz des Vaters und damit von der Nation besetzt in diesen Texten symbolisch den Ort ödipaler Rebellion.<sup>7</sup> Der Ausgang des ödipalen Dramas verläuft glimpflich im Falle der Rückkehr zum Vater, andernfalls drohen Selbsterstörung, Kastration und Tod.<sup>8</sup> Die Anerkennung des väterlichen Gesetzes und der Bestand der Nation fallen in eins und werden zu Garanten physischer, psychischer und sozialer Gesundheit. Die Abkehr von der Nation hingegen wird als Akt des Vatermordes und in der Folge als Selbstvernichtung imaginiert.

## Fazit

Die sogenannten sozialen Modernisierungsverlierer sind zum feststehenden Begriff gesellschaftspolitischer Debatten geworden. Ihnen lassen sich, mit einem Begriff des konservativen Publizisten Warnfried Dettling, die kulturellen Modernisierungsverlierer zur Seite stellen. Dettling versteht darunter die männlichen Leistungs-

4 Uwe Wolff: Tradition und Transzendenz. Über religiöse Erziehung im Zeitalter der Zerstreuung, in: Schwilk/Schacht, ebd., S. 404–415, hier S. 409.

5 Meier-Bergfeld, a.a.O., S. 214ff.

6 ebd., S. 216.

7 „Treue Söhne“ der SPÖ hingegen „haben nie ihr Bekenntnis zum deutschen Volk abgeschwächt“, ebd., S. 197.

8 Vgl. Peter von Matt: Verkommene Söhne, mißratene Töchter. Familiendesaster in der Literatur, München 1997.

träger der bürgerlichen Gesellschaft.<sup>9</sup> Diese sind es seit Generationen gewohnt, ihr Wertesystem aus patriarchaler Familie, elitärer Bildung, beruflichem Erfolg, Wohlstand und gesellschaftlichem Ansehen als Leitsystem einer kulturellen Ordnung zu verstehen, in der sie nicht nur wie selbstverständlich an der Spitze stehen, sondern sich auch so fühlen. Diese Deutungshoheit über Lebensleistungen wird zunehmend von konkurrierenden Modellen erschüttert. Die *sozialen* Modernisierungsverlierer sind vielfach hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für rechte Populismen diagnostiziert worden. Die Rhetorik der Neuen intellektuellen Rechten, ihr Hass gegen das Postulat der Gleichheit der Menschen und dessen institutionelle Ausgestaltung, ihr elitäres und männerbündisches Selbstverständnis und das Beharren auf der Idealisierung patriarchaler Strukturen, vor allem aber die polemische Inszenierung überlegener Bildung zielen hingegen passgenau auf die Verwerfungen erschütterter bürgerlicher Männlichkeit.

Die neurechte Rhetorik bedient sich der Fülle geschlechtlich codierter Bilder mit eindeutiger Intention und schafft so einen spezifischen, semantisch vermittelten Wohlfühlraum: Sie eröffnet Möglichkeiten zur emotionalen Bestätigung innerhalb jenes Panoramas grandioser männlicher Überlegenheit, das die alte Selbstgewissheit, wenn auch in etwas schrilleren Tönen, noch einmal beschwört. Unter Einbeziehung aller Affekte des bürgerlichen Patriarchats, von der Illusion des autonomen Subjekts über die Abwehr aller als weiblich markierten Anfechtungen, von der Beschwörung kriegerisch-soldatischer Werte bis zu den Verschmelzungsphantasmen soldatischer wie sanfter Söhne, von der beißenden Genugtuung des Polemikers bis zu der romantischen Weltenthobenheit des elitären Träumers, schließt sich das rhetorische und emotionale Spektrum der Neuen intellektuellen Rechten gegen die Turbulenzen kultureller und sozialer Diversifikation ab. Eine von klassischer Bildung gesättigte Sprache als Insignum selbstbewusster elitärer Männlichkeit bringt das Gesetz des Vaters noch einmal zum Leuchten.

Am Ende von Botho Strauß' *Anschwellendem Bocksgesang* bricht Dionysos lustvoll in die blutleere Scheinwelt ein: „Die Wirklichkeit blutet jetzt wirklich“, mit diesen zufriedenen Worten endet der Essay. Die virtuelle Welt voller abstrakter Ideale von Gleichheit und Frieden ist endlich zerbrochen. Die Wirklichkeit des großartigen, hemmungslosen, kriegerischen Dionysos lärmt in diese Welt hinein. Wenn ich im Titel meiner Arbeit Ernst Jünger mit der Sequenz zitiere, „dem Phallus schimmernde Tempel errichten“, dann nicht nur deshalb, weil Jünger immer wieder als *spiritus rector* der neurechten Intellektuellen beschworen wird. Vielmehr beschreibt diese Zeile, mit der Jünger den Bordellbesuch von Frontsoldaten poetisiert, exemplarisch das Verhältnis von Banalität und mythischer Aufladung, das auch in den Texten der Neuen intellektuellen Rechten die Glorifizierung patriarchaler Männlichkeit hervorbringt. Wie ein Wiederhall auf die Phallophorien zu Ehren des Dionysos klingen darin die glänzenden Rhetoriken zur Reklamation hegemonialer Männlichkeit. Der anschwellende Bocksgesang erwächst unüberhörbar aus diesem Geist des *Phallos*, dessen etymologische Wurzeln in  $\beta\alpha\lambda\lambda\omicron\nu\nu$ , *griechisch: schwellen*, liegen.

9 Warnfried Dettling: Im 30-Prozent-Turm. Nach ihrem schlechten Wahlergebnis muss die Union neues Land gewinnen, ohne das alte zu entvölkern – im Augenblick sieht es nicht so aus, als hätte sie das begriffen, in: *die tageszeitung* 9./10.11.2002.

# **Zukunftsperspektiven der demokratischen Kultur in Ostdeutschland**

## **Zur Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie**

Von Dierk Borstel

Die Stärke oder Schwäche des Rechtsextremismus ist immer auch abhängig von der Qualität der politischen Kultur. Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man, so der Sozialwissenschaftler Heitmeyer, „nicht an Ethikdebatten, in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen.“<sup>1</sup> Im Alltag ist dabei besonders die Kommune Ort dieses Umgangs. Im folgenden soll daher am Beispiel Ostdeutschlands beschrieben werden, wie rechtsextreme Akteure besonders auf kommunaler Ebene agieren, welche Folgen das für die politische Kultur hat, welche Kontextbedingungen zu beachten sind und was zur Stärkung der Demokratie getan werden kann.

### **Problembeschreibung Rechtsextremismus**

Der ostdeutsche Rechtsextremismus ist ein Zusammenspiel unterschiedlicher Phänomene. Dazu gehören:

- Rechtsextreme Netzwerke, bestehend aus so genannten freien und bzw. oder autonomen Kameradschaften. Diese Netzwerke bestehen vor allem aus kommunikativen Strukturen und sind somit bewusst loser Natur, um etwaige Verbote zu erschweren. Einige Kameradschaften sind in überregionalen „Aktionsfronten“ zusammengeschlossen und koordinieren gemeinsame Aktionen wie Konzerte oder Demonstrationen.
- Bei den rechtsextremen Parteien ist vor allem die NPD und ansatzweise die DVU in Brandenburg von Bedeutung. Der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ ist es seit Mitte der 90er Jahre gelungen, Anschluss an Teile des Kameradschaftsnetzwerkes und der rechtsextrem orientierten Jugendkultur zu gewinnen. Im Gegensatz zu Westdeutschland erscheint sie jugendlich geprägt und steht damit im Gegensatz zu allen anderen Parteien in Ostdeutschland. Seit 1996 versucht die NPD – ausgehend von Sachsen – gezielt, eine kommunale Verankerung zu erreichen, indem sie einerseits ideologische Versatzstücke in den Mittelpunkt ihrer Propaganda rückt, die über engere Parteikreise hinaus akzeptiert sind (Sozialismusvorstellungen, völkische Gesellschaftsvorstellungen), und sich andererseits gezielt im Gemeinwesen engagiert. Dabei nutzt sie Defizite der demokratischen Parteien und Organisationen aus und formuliert u.a. Kultur-, Sport oder Jugendangebote, die allgemeine Akzeptanz finden. Die NPD erscheint dort nicht als geächtete Rechtsaußenpartei, sondern als idealistische Kraft, die anpackt, statt wortreich nichts zu tun. Der NPDler Uwe Leichsenring, MdL in Sachsen, hat diesen Ansatz bezüglich der Jugendpolitik auf den Punkt gebracht: „Wir reden nicht darüber, wir machen Jugendarbeit!“<sup>2</sup> Dass diese Arbeit dazu dient, Parteienachwuchs zu rekrutieren und zu ideologisieren, wird zu häufig vor Ort verkannt.<sup>3</sup>

1 Heitmeyer 2005, S. 13

2 Zitiert nach Staud 2005, S. 147

3 Siehe Borstel 2002

– Eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur besteht seit mindestens 15 bis 20 Jahren.<sup>4</sup> Die Hoffnung, es handele sich um eine Modeerscheinung oder aktuelle Protestform, hat sich nicht bewahrheitet. Die Erscheinungsformen und inneren Differenzierungen haben sich allerdings beständig geändert. Das aktuelle Bild setzt sich dabei aus folgenden Gruppen zusammen:

- Rechtsextrem orientierte Jugendliche mit Hang zu eindeutiger Ästhetik und Symbolik, die sich wahlweise am historischen Nationalsozialismus, vor allem jedoch an einer einseitigen Interpretation germanischer Mythen orientiert. Viele dieser Jugendlichen stehen im engen Kontakt zu rechtsextremen Organisationen und nutzen deren Angebotsstrukturen.
- Rechtsextrem orientierte Jugendliche in bisher nicht rechten Jugendkulturen. Die rechtsextreme Ideologie hat mittlerweile auch Jugendliche aus Hip Hop, der schwarzen Gruffi- und der Techno-Szene erreicht. Sie äußert sich nicht in direkter, rechtsextremer Ästhetik, sondern zeigt sich nur im Gespräch und wird deshalb selten von Eltern oder pädagogischen Kräften erkannt.
- Viele der rechtsextrem orientierten Jugendlichen verzichten auf jeden jugendkulturellen Ausdruck und sehen, salopp gesagt, „ganz normal“ aus. In der Öffentlichkeit sind sie unauffällig, direkte Szenezugehörigkeiten sind meist nicht bekannt, eigene Gewaltanwendungen selten. Ihr Anschluss an die rechtsextreme Szene zeigt sich an ideologischen Gemeinsamkeiten wie in der Formulierung gemeinsamer Feinde wie Migranten, Juden oder Demokraten.
- „Klassische“ Skinheadgruppen, die dem medial vermittelten Bild entsprechen, gibt es nur noch selten.

– Der Rechtsextremismus ist ohne seine Verankerung in herrschenden Ideologiewelten Erwachsener undenkbar. Ideologische Anknüpfungspunkte sind überlieferte Kollektivismusvorstellungen, Autoritarismus, Alltagsrassismus, z. T. Antisemitismus und sehr häufig völkische Interpretationen von Gesellschaft und Staat. Die rechtsextremen Gruppen bieten für einzelne Altersgruppen gezielte Angebote an. Bekanntes Beispiel ist die Einbindung der sogenannten „Erlebnisingeneration“, also derjenigen, die den historischen Nationalsozialismus noch selbst erlebt haben. In Gesprächskreisen sollen die Alten aus erster Hand den Nachwuchs über die „wahre“ Geschichte, jenseits von „Umerziehungslügen“, aufklären. Diese Treffen schaffen das psychologische Gefühl der Gemeinsamkeit, in der Szene auch „gelebte Volksgemeinschaft“ genannt. Die Andockungspunkte rechtsextremer Ideologien in den mittleren Generationen offenbaren sich selten auf den ersten Punkt, sondern zeigen sich erst im Gespräch oder in der Alltagsbeobachtung. Ein Beispiel aus der Praxis: Vater und Tochter sehen fern. Immer wenn ein Schwarzer auf dem Bildschirm erscheint, schaltet der Vater um. Die 14jährige Tochter erzählt später: „Er will nicht, dass ich mit Untermenschen konfrontiert werde.“<sup>5</sup>

Diese vier Phänomene verstärken einander.<sup>6</sup> Wo sie zusammentreffen, entsteht eine gesellschaftliche Dynamik, die von Seiten der rechtsextremen Szene strategisch genutzt wird. Die Kameradschaften und Teile der NPD plädieren für eine an

4 Vgl. Wagner 1995, S. 61 ff

5 Beispiel aus der Beratungspraxis des Autors im „Zentrum Demokratische Kultur“ in Mecklenburg-Vorpommern

6 Vgl. dazu ausführlich Wagner 1998

Gramsci angelehnte Strategie der Erringung kultureller Hegemonien. Vorherrschender Ort der Auseinandersetzung ist dabei der kommunale Nahraum. Über Angebote wie eine „nationale Jugendarbeit“, regionale Postwurfsendungen, Schulungen für Interessierte, Kulturarbeit in Gemeinden, Teilnahme an freiwilligen Feuerwehren und Vereinen versuchen die Rechtsextremisten, sich fest im Gemeinwesen zu verankern. Häufig werden sie dabei als kommunale Autoritäten voll anerkannt. Diese Position wird dann im zweiten Schritt genutzt, um Stück für Stück auch ideologische Momente zu verbreiten bzw. zu verankern. Dabei werden bewusst regionale Themen aufgegriffen und im Sinne der rechtsextremen Ideologie interpretiert. Vorherrschend ist dabei oft auch die Verächtlichmachung der Demokratie, zu der sie auch auf Anleihen der Konservativen Revolution bzw. der heutigen Neuen Rechten zurückgreift. Erschreckend gut gelingt die Ausführung dieser Strategie in ländlichen oder kleinstädtischen Räumen, die häufig jenseits der medialen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit liegen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der politischen Kultur, innerhalb derer diese Form des Rechtsextremismus agiert.

### **Problembeschreibung Demokratiepoltik**

Vorliegende Analysen des „Zentrums Demokratische Kultur“<sup>7</sup> zeigen zumindest in spezifischen Regionen eine nur sehr schwache Akzeptanz zentraler Bestandteile des bundesrepublikanischen Demokratiemodells. Das Problem ist dabei vielschichtig und nur zeithistorisch zu begreifen:

Grundlegende demokratische Strukturen wurden in Ostdeutschland geschaffen: Es gibt Wahlen, Parlamente und Verwaltungen. Die ideelle Verankerung hingegen wurde vernachlässigt. Ein demokratisches System benötigt nicht nur demokratische Strukturen, sondern eben auch eine ideelle Verankerung bei Eliten wie auch in der Breite der Bevölkerung, um als dauerhaft stabil zu gelten. Die Weimarer Republik gilt als mahnendes Beispiel für das Schicksal einer Demokratie mit zu wenigen Demokraten. Einige Bürgerbewegte brachten den Begriff der Zivilgesellschaft<sup>8</sup> in die Debatte. Zivilgesellschaft bezeichnet jenen Raum zwischen Privatsphäre und staatlichen Strukturen, in dem sich die Gesellschaft z.B. in Netzwerken, sozialen Bewegungen oder Vereinen organisiert. In Ostdeutschland fehlt es an einer aktiven, eindeutig demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft, die meinungsbildend wirkt und Diskurse initiieren kann. Viele der Gruppen in der Sphäre der Zivilgesellschaft begreifen sich als „unpolitisch“ und sind zumindest potentiell anfällig für rechtsextreme Unterwanderungsversuche.

Betrachtet man heute die Situation in den Kommunen, so lassen sich in vergleichender Perspektive u.a. folgende soziale Gruppen benennen:

– Viele der eindeutig und offen demokratisch gesinnten Personen ziehen sich zunehmend frustriert aus der Öffentlichkeit zurück. Sie fühlen sich überwältigt von den sozio-ökonomischen Verwerfungen, vor Ort alleine gelassen und zweifeln zunehmend an der Aufrichtigkeit demokratischer Eliten. Das sind noch immer Demokraten, die jedoch an der real existierenden Demokratie (ver-)zweifeln.

<sup>7</sup> Vgl. Zentrum Demokratische Kultur 2001, Zentrum Demokratische Kultur 2002 sowie Zentrum Demokratische Kultur 2003

<sup>8</sup> Vgl. zur Begrifflichkeit Kahane 2000

- Eine kleine Gruppe, vor allem jüngere Ostdeutsche aber auch zugezogene Westdeutsche, artikuliert sich zunehmend im Sinne demokratischer Wertvorstellungen. Oft brauchen diese Gruppen Jahre, bis sie vor Ort gesellschaftlich akzeptiert werden.<sup>9</sup> Manchen gelingt es nicht.
- Vielen Menschen in Ostdeutschland ist das bundesrepublikanische Demokratie-Modell nach wie vor fremd. Sie verfügen zwar über eigene demokratische Vorstellungen, wissen jedoch zu wenig über die ideellen Grundlagen der hiesigen Demokratie wie z.B. über die im Grundgesetz festgelegten Bürgerrechten. Dieses Defizit zeigt sich z.B. bei Lehrerfortbildungen, wenn darüber geklagt wird, dass es früher klare Aufträge gab und man heute nicht mehr wisse, was man eigentlich meinen oder gar sagen dürfe.<sup>10</sup> Entsprechend hilflos sind die Vermittlungsversuche an die jeweiligen Schüler.
- Eine andere, kleiner werdende Gruppe klammert sich in nostalgischer Erinnerung an die „guten“ Seiten der DDR.
- Eine größer werdende Gruppe vergleicht den politisch-gesellschaftlichen Zustand der BRD mit der Endphase der DDR. Das System sei unehrlich, abgehoben und westlich dominiert, ökonomisch gescheitert und politisch handlungsunfähig. Die politische Elite von der CSU bis zu den Bündnisgrünen sei beliebig austauschbar. Die real existierende Form der Demokratie wird nur noch mit sozio-ökonomischen Krisen und persönlichen Entwertungserfahrungen gleichgesetzt. Dieses System müsse deshalb überwunden werden. Dabei solle der „einfache Mann auf der Straße“ wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Unübersichtlichkeiten gesellschaftlicher Prozesse seien zu beseitigen und neue Wege, basierend auf positiven Erfahrungen vergangener politischer Systeme, müssten beschritten werden.
- Vermehrt sind auch Prozesse sozialer Verwerfungen und Desintegration zu beobachten. Hinweise sind Alkoholmissbrauch und andere Krankheiten, Zynismus, Rückzug aus dem öffentlichen Leben in der Gemeinde, Gewalttätigkeit. In einem Gespräch mit dem Autor sorgte sich der Spitzenkandidat der NPD in Mecklenburg-Vorpommern um jene Gruppe: „Diese Leute können ja nicht mal wir mehr erreichen. Wie wollen dann die Systemparteien das schaffen?“

Diese Gruppen sind in den Kommunen unterschiedlich stark und sind sicherlich analytisch noch nicht klar genug gefasst und beschrieben worden. Dennoch deutet sich das Problem der zu schwachen demokratischen Kultur – insbesondere in ländlichen Regionen – an. Hinzu kommt eine Vielzahl problematischer Kontextbedingungen, die sich erschwerend auswirken.

### **Problembeschreibung: Kontextbedingungen**

Ostdeutschland befindet sich noch immer im Umbruch. Zentrale Entwicklungen sollen hier kurz skizziert werden:

<sup>9</sup> Modellhaft nachzuvollziehen im sächsischen Wurzen.

<sup>10</sup> Weiteres Beispiel aus der Beratungspraxis des Autors, dieses Mal in ähnlicher Form in Berlin, Brandenburg, Thüringen und Sachsen.

### **Aufbau Ost – Der Anfang**

Die relative Angleichung der Löhne in den Jahren nach 1990 führte in Ostdeutschland dazu, dass zu wenige Betriebe Überlebenschancen hatten. Die Lohnkosten stiegen im Verhältnis zur Produktivität der DDR-Betriebe ins Unermessliche, so dass zu wenige Betriebe – trotz potentiell einsetzender Modernisierung – wettbewerbsfähig waren. Ökonomisch und strukturpolitisch ist die damalige Entscheidung bis heute verheerend, da ökonomische Kerne und deren Netzwerke gen Osteuropa vernichtet wurden. Von dieser Entscheidung haben neben der damaligen Regierung westdeutsche Betriebe profitiert, die von inländischer Konkurrenz verschont wurden und zunächst konkurrenzfrei neue Absatzmärkte aufbauen konnten.

### **Folgen der Globalisierung**

In Folge der Globalisierung wandern zunehmend arbeitsintensive Bereiche deutscher Betriebe in Länder ab, in denen die Lohnkosten erheblich unterhalb ost- und westdeutscher Standards liegen. Investitionen werden somit nicht – wie zu Beginn der 90er Jahre noch erhofft – in Ostdeutschland angesichts der dort immer noch niedrigeren Lohnkosten getätigt, sondern die Wanderung geht über Ostdeutschland zunächst hinweg in die Nachbarstaaten, die neu in der EU angesiedelt, über erhebliche Standortvorteile und flexiblere Marktstrukturen und z.T. auch niedrigere Besteuerungen (siehe Slowenien) verfügen. Mittlerweile gelten auch osteuropäische Staaten im Gegensatz zu asiatischen Produktionsorten als nur noch schwach marktfähig.

### **Aufbau Ost – heutige Debatte**

Die derzeitige Debatte ist geprägt durch die Diskussion über die Mittelvergabe. An die Stelle der Streuung tritt die Idee der Konzentration auf ökonomische Zentren. Solche „Leuchttürme“ sollen auf das gesamte Umland ausstrahlen und den nötigen ökonomischen Aufschwung bewirken. In einzelnen Regionen wie Leipzig, Dresden, Erfurt oder Potsdam sind diesbezüglich auch schon erhebliche Fortschritte erkennbar. Die Kehrseite dieses Ansatzes ist jedoch de facto die Aufgabe strukturschwacher Regionen, die bereits jetzt weitgehend ausgeschlossen sind. Die Menschen in diesen Regionen fühlen sich zunehmend aufgegeben und projizieren diese Stimmung auf das bestehende politische System, welches immerhin im Grundgesetz eine Angleichung von Lebensbedingungen verspricht. Ostdeutschland wurde damit keine zentrale ökonomische Drehscheibe nach Osteuropa, sondern liegt heute im Herzen Europas abgeschlagen und isoliert.

### **Neuer Ost-West-Konflikt**

Mit der neuen Debatte um den Aufbau Ost ist die zunehmende Strömung im Westen verknüpft, angesichts realer Krisenprozesse auch in Westdeutschland die Wirtschaftsförderung im Osten in Frage zu stellen. In dieser Debatte kommt es dabei zur gegenseitigen Aufrechnung von Leistungen, anstatt eine gemeinsame und dem Solidarprinzip verpflichtete Lösung anzustreben.

### **Demographischer Faktor**

Jüngere und besser qualifizierte Menschen zieht es entweder nach Westdeutschland, in die östlichen Ballungszentren oder auch ins Ausland. „Übrig“ bleiben Älte-

re und gering Qualifizierte. Hinzu kommt die niedrige Geburtenrate und das Ausbleiben nennenswerter Einwanderung. Die Sozialstrukturen wandeln sich dabei in einem schwer überschaubaren Maße. Die Folgen zeigen sich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Im Bereich der Politik gibt es kaum Nachwuchs, was ein Problem darstellt. Das heutige politische Personal wurde vor allem in der Wendezeit aktiv. Zentrale demokratische und gesellschaftlich integrierende Organisationen wie Gewerkschaften, Parteien und Verbände leiden flächendeckend an Überalterung und zudem z. T. auch an einer komplett fehlenden Verankerung besonders in ländlichen Regionen.

### **Finanzsituation der Länder und Kommunen**

Die Finanzsituation der ostdeutschen Länder und Kommunen ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verheerend. Sie bedingt in der Verbindung mit dem demographischen Faktor einen Abbau demokratischer Grundstrukturen. Diskussionen im kommunalen Bereich drehen sich im Moment besonders um die zahlreichen Schulschließungen sowie den Abbau von Jugendarbeit und um die schwindenden Möglichkeiten, zivilgesellschaftliches Engagement finanziell zu unterstützen. Weitere Debatten betreffen gesundheits- und sicherheitspolitische Aspekte wie Krankenhausschließungen, ärztliche Versorgung, Polizei- und Feuerwehrstrukturen.

### **Ostdeutsche Besonderheiten**

Eine wichtige Rolle spielen spezifisch ostdeutsche Traditionsbestände<sup>11</sup>. Diese betreffen sowohl Mentalitäten als auch Grundeinstellungen zu so genannten „Errungenschaften“ der DDR. Bekanntes, positives Beispiel ist das im Osten bis heute ausgeprägtere System der Kinderbetreuung. Es betrifft jedoch auch Handlungsformen wie z.B. das Informationsverhalten. Deutlich wird dies im Bereich der Printmedien: Fast alle im westdeutschen Diskurs federführenden Organe wie *Spiegel*, *Stern*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine* oder *die tageszeitung* werden in Ostdeutschland nur in minimalen Zahlen verkauft und gelesen. Dort sind hingegen Anzeigenblätter und Regionalzeitungen sowie Produkte wie *Super Illu* bedeutend in der Diskursbildung. Spannend sind auch neue Projekte, wie die in der Lausitz gestartete Tageszeitung *20 Cent*, die sich erfolgreich vor allem an jüngere Leser wendet. In Westdeutschland wird dieses Leseverhalten kaum reflektiert, was wiederum in Politik und Gesellschaft zu zweifelhaften Annahmen über bundesweite Diskurshegemonien<sup>12</sup> führt.

Diese Kontextbedingungen sind bei einer Analyse der politischen Kultur, der Einstellungen und auch bei der Frage nach der Zukunft der Demokratie zu beachten.

### **Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie**

Das demokratische Staatssystem ist in Ostdeutschland strukturell durchgesetzt. Eine nachhaltige Verankerung dieses Systems durch eine demokratische Kultur zur Stärkung, Erhaltung wie Entwicklung des demokratischen Prinzips und demokratischer Wertinhalte konnte jedoch bisher nicht erreicht werden. Diesen Mangel an

<sup>11</sup> Vgl. dazu ausführlicher Borstel 2005, S. 52 f.

<sup>12</sup> Eine linksliberale Diskurshegemonie, die vereinzelt für den Westen beschrieben wird, hat es in Ostdeutschland nie gegeben.

demokratischer Kultur versuchen rechtsextreme Organisationen zu nutzen. Sie präsentieren sich als junge, moderne und zukunftsgerichtete Alternative zum bestehenden System. Basierend auf positiv empfundenen Traditionen (u.a. kollektivistische Vorstellungen) entwerfen sie soziale und politische Zukunftshymnen. Reale soziale und ökonomische Krisenprozesse werden aufgegriffen und die demokratischen Akteure verantwortlich gezeichnet. Mit der Kritik wird der Zukunftsentwurf einer „organischen“ Volksgemeinschaft verbunden, mit der die Krisenprozesse beseitigt werden könnten. Ihr Aktionsfeld ist dabei der kommunale Nahraum, der von Seiten demokratischer Organisationen zu wenig Beachtung findet.<sup>13</sup> In ausgewiesenen Modellregionen des Rechtsextremismus wie der Sächsischen Schweiz oder der Region Vorpommern, in denen der rechtsextreme Einsatz durch gezielten Zuzug von Personal, den Aufbau mittelständischer Betriebe und z. T. langjährige Arbeit vor Ort erhöht wird, so dass dort eine nachhaltige Verankerung in der lokalen politischen Kultur erreicht werden konnte, die wiederum auf angrenzende Regionen ausstrahlt, gelingt die kulturelle Subversion von rechts auch im parlamentarischen Raum. Wahlerfolge der NPD sind dort nicht Ausdruck von Protest, sondern Indizien einer zunehmenden Akzeptanz der ideologischen Vorstellungen der Partei.<sup>14</sup>

### **Strategien des Umgangs**

Das derzeitige Problem ist somit weniger der starke Rechtsextremismus als die schwächelnde demokratische Kultur. Politische Ansätze müssen deshalb auf eine Stärkung der demokratischen Kultur ausgerichtet werden, während Ansätze, die ausschließlich die Bekämpfung des Rechtsextremismus mittels Repression oder täterorientierten Maßnahmen verfolgen, zu kurz greifen. Die Einbindung der verschiedenen Ansätze in eine Gesamtstrategie ist notwendig. Was ist somit zu tun?

Die kurze Beschreibung der Kontextbedingungen deutet auf ein wesentliches Strukturproblem heute und in der Zukunft hin. Noch fehlen realistische Antworten auf die Frage nach dem Erhalt der Demokratie in einer globalisierten Welt, bezüglich der Auswirkungen und Gestaltungsoptionen des demographischen Faktors und der spezifischen Zukunftschancen der regionalen Entwicklung in Ostdeutschland. Lösungen für diese Probleme zu entwickeln ist oberste Priorität für Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Parallel dazu ist jedoch jetzt schon ein massiver Einsatz zur Demokratiestärkung im kommunalen Nahraum nötig. Eine zentrale Frage ist, ob der Aufbau und die Sicherung einer attraktiven, lebendigen und eindeutig demokratischen Zivilgesellschaft in Ostdeutschland gelingt. Beispielsweise sind erprobte Arbeitsansätze wie der des „Community Coaching“<sup>15</sup> explizit darauf angelegt, mittels analytischer und partizipativer Verfahren zur Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens gerade in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gefährdungen beizutragen. Wir brauchen ein nachhaltiges Unterstützungsnetzwerk zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Diese kommen zumindest in naher Zukunft nicht ohne professionelle Hilfe aus, deren Finanzierung gerade von den besonders

<sup>13</sup> Vgl. Heitmeyer 1999

<sup>14</sup> Vgl. Arzheimer 2004, S. 79 (Rechtsextreme Einstellungen seien demnach quasi Bedingung zur Wahl einer rechtsextremen Partei.)

<sup>15</sup> Vgl. Zentrum demokratische Kultur 2003, Borstel 2005a

betroffenen Gemeinden nicht übernommen werden kann, so dass landes- oder bundespolitische Sicherungen notwendig sein werden.

Bereits kurzfristig müssen nachhaltige Unterstützungsnetzwerke geschaffen werden, die

- gezielt und qualifiziert demokratisches Engagement in Gemeinden fördern,
- den Opferschutz in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen garantieren und
- regionale Zukunftsdebatten zur Sicherung der demokratischen Kultur initiieren.

Im Rahmen der Bundesprogramme Civitas, Entimon und Xenos konnten diesbezüglich Erfahrungen gesammelt werden, die es auszuwerten und zu beurteilen gilt, um darauf aufbauend einen längerfristig angelegten Ansatz zu entwickeln. Diese Arbeit verkommt jedoch zu einem historischen Feigenblatt, wenn nicht Antworten auf die großen Fragen nach der Zukunft der Demokratie gefunden werden. Ob eine modernisierte Form des Rechtsextremismus in ausgesuchten Regionen – bundesweit wird es nicht gelingen – mittelfristig als Sieger der Geschichte hervorgeht, ist noch nicht entschieden und mehr vom Verhalten der Demokraten als von den Aktionen der Rechtsextremisten abhängig.

## Literatur

- Arzheimer, Kai (2004): Wahlen und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, Berlin, S. 56-81
- Borstel, Dierk (2002): Rekrutierungsstrategien rechtsradikaler Gruppierungen, in: *Standpunkt Sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit*, Nr. 1, S. 21-23
- Borstel, Dierk (2005): Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum – Situation und Perspektiven für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, in: Gudrun Heinrich (Hrsg.): *Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus*, Rostock, S. 49-58 (erschieden in der Schriftenreihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“, Nr. 25)
- Borstel, Dierk (2005a): Community Coaching – ein Ansatz der kommunalen Demokratieentwicklung, in: *Migration und Soziale Arbeit*, Nr. 1, S. 48-53
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Petry, Christian u.a. (Hrsg.): *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?*, Weinheim/Basel, S. 47-79
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004, in: derselbe (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt, S. 13-36
- Kahane, Anetta (2000): Was ist Zivilgesellschaft?, in: *Bulletin*, Nr. 1, S. 6-12 (Hrsg. Zentrum Demokratische Kultur)
- Staud, Thoralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln
- Wagner, Bernd (1995): *Jugend – Gewalt – Szenen. Zu kriminologischen und historischen Aspekten in Ostdeutschland*, Berlin
- Wagner, Bernd (1998): *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern*, Berlin (erschieden in der Schriftenreihe „Bulletin“ als Sonderausgabe)
- Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2001): *Rechtsextremismus und demokratische Kontexte unter besonderer Berücksichtigung sicherheits- und jugendpolitischer Aspekte. Eine Kommunalanalyse im Auftrag des Kreispräventionsrates im Landkreis Dahme Spreewald für den Altkreis Lübben*, Berlin

- Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2001): Rechtsextremismus und demokratische Kontexte unter besonderer Berücksichtigung sicherheits- und jugendpolitischer Aspekte. Eine Kommunalanalyse im Auftrag des Kreispräventionsrates im Landkreis Dahme Spree-wald für den Altkreis Luckau, Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2003): Rechtsextremismus und Demokratie gefähr-dende Phänomene in Berlin Marzahn-Hellersdorf – Möglichkeiten der demokratischen Intervention, Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur/Ernst Klett Schulbuchverlag (Hrsg.) (2003): Gegen Rechts-extremismus hilft mehr Demokratie. Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, Berlin/Leipzig (erschieden in der Schriftenreihe „Bulletin“, Nr. 4/2003)

# **Wir brauchen Wachstumskerne für Demokratie**

## **Ein Plädoyer für ein Umdenken in ländlichen Regionen**

Von Grit Hanneforth

Ich möchte in meinem Beitrag den Blick weg von den Problemen der urbanen Zentren wie Berlin in die ländlichen Regionen der neuen Bundesländer richten. Wie konnte es dazu kommen, dass wir erst jetzt in Gestalt eines Wahlergebnisses in Sachsen Ergebnisse einer Entwicklung wahrnehmen, die sich über viele Jahre unbeobachtet von der offiziellen Politik ausbreiten konnte?

Hier gibt es für mich einen eklatanten Funktionsunterschied zwischen Stadt und Land.

Kleine sozialräumliche Strukturen, mit hoher sozialer Kontrolle und hohen regionalen Bindekräften eröffnen rechtsextremen Werteinstellungen und Verhaltensmustern einen anderen Zugang, da sie quasi von Nachbar zu Nachbar im Rahmen des sozialen Austauschs mitgeliefert werden.

Es fällt schwer, dem Nachbarn, den man seit Jahren kennt und der schon immer konservativ eingestellt war, nun aber mit offen rechtsextremen Äußerungen im Dorf unterwegs ist, zu widersprechen.

Und es ist schwierig, den Nachbarsjungen anzuzeigen, der Hakenkreuze schmiert, da man mit dem Nachbarn weiter zusammenleben muss.

Da fällt es schwer, sich öffentlich zu artikulieren, wenn des Nachts Drohbriefe ins Haus kommen und die Haustür – quasi als Warnung – mit Hakenkreuzen verziert wird, oder die Kinder ständig in der Schule angepöbelt werden.

Um rechtsextremem Denken, jenseits einer NPD-Mitgliedschaft, entgegenzuwirken – darum muss es in einer offenen und demokratischen Gesellschaft meiner Ansicht nach gehen – braucht es einen langen Atem sowie methodische und lokale Kenntnisse sowohl in den Regionen als auch über rechtsextreme Denkschemata und ideologische Ausrichtungen.

Führen wir uns vor Augen, dass Rechtsextremisten heute vor allem in den ländlichen Regionen mit Sitz im Kommunalparlament oder in Kreistagen Themen besetzen, die den Menschen in der Region unter den Nägeln brennen, dann wird die aktuelle Strategie der Neuen Rechten, die Strategie der kulturellen Subversion erkennbar. So wird beispielsweise der Kampf rechtsextremer Kommunalpolitiker für eine kostengünstige ökologische Kläranlage in einem Ortsteil anstelle des Anschlusses an überdimensionale teure Anlagen zum zentralen Sachthema der NDP. Und in Wurzen konnte die örtliche CDU den Sparhaushalt nur mit den Stimmen der NPD durchbringen. All diese Beispiele gehören zur Strategie der Neuen Rechten.

Der Neuen Rechten, die die Meinungsführerschaft in der NPD übernommen hat, geht es um die Verankerung in den Regionen. So kann sie im Fahrwasser ihrer vermeintlich bürgerorientierten Kommunalpolitik ihre rechtsextremen Wertvorstellungen unterbringen und in der Bevölkerung dafür werben.

Besonders schwierig ist die Situation in den Kommunalparlamenten kleiner Gemeinden. Dort üben zu großen Teilen Abgeordnete von Wählervereinigungen ihr Mandat aus, die, anders als die etablierten Parteien nicht über Schulungs- und

Weiterbildungsinstitute oder parteipolitische Bildungswerke verfügen, um eigene, demokratische Werte zu festigen oder sich zu Strategien der Neuen Rechten fortzubilden. Diese Abgeordneten und auch die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden sind allein gelassen mit Fragen zu rechtsextremen Wertvorstellungen, Strategien und Zielen. Deshalb sind hier folgende Schritte dringend geboten:

- Information und Aufklärungsarbeit zu Rechtsextremismus;
- Räume und Möglichkeiten schaffen zur aktiven Auseinandersetzung mit diesen Themen und zum Sammeln von Lernerfahrungen in demokratischem Handeln;
- Einbeziehung aller Lebensbereiche des Gemeinwesens in die Diskussion, wie kulturelle, wirtschaftliche, soziale und demographische Entwicklungen.

In den Arbeitszusammenhängen der Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen e.V. sprechen wir von „Wachstumskernen für Demokratie“, wenn es unseren Partnern und uns gelingt, über moderierte Prozesse Bürgerinnen und Bürger, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen und andere Gruppen bei ihren Problem abzuholen und sie zur Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt, zur Solidarität mit den Opfern und zu selbstgesteuerten Problemlösungen für eine an den Menschenrechten orientierte demokratische Alltagskultur zu motivieren.

Gelingt diese (Re-)Vitalisierung demokratischer Grundwerte und Beteiligungsstrukturen, sind vor Ort aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger, gefestigte Demokratinnen und Demokraten und ein Klima der Akzeptanz anderer Menschen im demokratischen Spektrum der Erfolg unserer Arbeit.

Solche „Wachstumskerne“ können dann Ausgangspunkte für weitere Entwicklungen in der Region werden, denn positive Beispiele machen Schule.

Diese Strukturentwicklung ländlicher Räume, nicht in bezug auf den Bau neuer Autobahnen oder Abwasseranlagen, sondern im Sinne von Demokratie, braucht Ressourcen, Vernetzung und Strukturen, um keine Eintagsfliege zu sein.

## **Autorinnen und Autoren**

**Prof. Dr. Hans-Georg Betz** tätig am Canadian Centre for German and European Studies, York University, Toronto/Kanada sowie an der Université de Genève, Genf; Schwerpunkte: Rechtspopulismus, Identitätspolitik, politische Parteien.

**Prof. Dr. Richard Stöss** ist Politologe an der FU Berlin; Schwerpunkte: Parteienforschung, Rechtsextremismusforschung.

**Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke** ist Fachbereichsleiter der Rechts- und Sozialwissenschaften an der Polizei-Führungsakademie Münster; Schwerpunkte: Politik der inneren Sicherheit, Entwicklung der Gesellschaft, Hochschulentwicklung.

**Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter** ist Politologe an der Helmut Schmidt Universität (Universität der Bundeswehr Hamburg).

**Claudia Schmid** ist Leiterin des Amtes für Verfassungsschutz des Landes Berlin.

**Astrid Günther-Schmidt** ist Abgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag und bildungspolitische Sprecherin.

**Dr. Gabriele Kämper** ist Literaturwissenschaftlerin, Referentin für frauenpolitische Öffentlichkeitsarbeit beim Senat des Landes Berlin

**Dierk Borstel** ist Diplom-Politologe, Mitarbeiter im „Zentrum Demokratische Kultur“ und dort zuständig für die Bereiche Forschung und Kommunalberatung.

**Grit Hanneforth** ist Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V. und hat die Projektleitung der Mobilen Beratungsteams in Sachsen inne.

## **Gedächtnispolitik Eine kritische Zwischenbilanz**

Der Mensch braucht Gedächtnis und Erinnerung. Ebenso sind Selbstverständnis und Identität einer Gesellschaft abhängig von ihrem kollektiven Gedenken. Dieses unterliegt aber konjunkturellen Schwankungen: „Erinnert wird nicht so sehr, was einmal von Wichtigkeit war, sondern was wir heute für uns als bedeutend anerkennen.“ Daher werfen die Autorinnen und Autoren dieses Bandes einen kritischen Blick auf die Methoden, Medien und Akteure unserer Gedächtnispolitik – um, auch im Hinblick auf die europäische Einigung, die Lücken und Bruchstellen in der Konstruktion unseres kollektiven Gedächtnisses aufzuzeigen.

Der Band versammelt Beiträge u.a. von Heinz Dieter Kittsteiner, Volkhard Knigge, Agnieszka Pufelska, Jens Hüttmann, Barbara Breysach, Kai Behrens, Johannes Zechner und Corinna Tomberger.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

### **Gedächtnispolitik. Eine kritische Zwischenbilanz**

1. Auflage, Berlin 2003, 192 Seiten

Preis: € 8,-

ISBN 3-927760-44-7

Das Buch erscheint mit freundlicher Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Auswärtige Amt.

Das Buch ist erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel. 030-285340, Fax 28534109, E-mail [info@boell.de](mailto:info@boell.de), Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)